



Protokoll

der 15. Sitzung, Amtsjahr 2025 / 2026

Mittwoch, den 21. Mai 2025, um 9:00 Uhr

Vorsitz: *Balz Herter, Grossratspräsident*

Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung

Abwesende: *Patrick Fischer (SVP), Gabriel Nigon (LDP), Beda Baumgartner (SP).*
Johannes Sieber (GLP),

Verhandlungsgegenstände:

9.	Grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Legislatur 2021 – 2025, Bericht der RegioKo	3
10.	Petition P478 "Für einen sicheren Schulweg und direkten Spielplatzzugang im Lysbüchel-Süd", Bericht der PetKo	5
11.	Petition P484 "Stoppt den Parkplatzabbau ohne Alternativen!", Bericht der PetKo.....	6
13.	Motion 1 Sandra Bothe und Konsorten betreffend ein lernfreundliches Klima: Gesundheitsschutz an Schulen vor Hitzebelastung nachhaltig gewährleisten	8
14.	Motion 2 Heidi Mück und Konsorten betreffend Umsetzung der geplanten Verbesserungsmassnahmen für das Gebiet rund um die Dreirosenanlage	8
15.	Anzug 1 Joël Thüring und Konsorten betreffend Herzl-Gedenktafel beim Stadtcasino	12
16.	Anzug 2 Oliver Bolliger und Konsorten betreffend einer zukunftsfähigen und nachhaltigen subjektbezogenen Finanzierung der Transportkosten in der Behindertenhilfe	19
17.	Anzug 3 Raoul I. Furlano und Konsorten betreffend Schaffung einer Task-Force zur Bekämpfung von Antisemitismus.....	20
18.	Anzug 4 Remo Gallacchi und Konsorten betreffend Regelung der Bespielungspläne	20
19.	Anzug 5 Claudio Miozzari und Konsorten betreffend aktive Sammlungspflege der Museen	21
20.	Anzug 6 Sandra Bothe und Konsorten betreffend Sofortmassnahmen zum Gesundheitsschutz an Schulen vor Hitzebelastung	23
21.	Anzug 7 Eric Weber betreffend Mittelstand stärken, Wettbewerb fördern	23
22.	Anzug 8 Eric Weber betreffend Bürokratieabbau	24
23.	Motion Aeneas Wanner und Konsorten betreffend Durchsetzung von Geschwindigkeitsbegrenzungen Tempo 30 im Bereich von Schulhäusern und Kindergärten, Bericht des RR	25
23.1.	Motion Christian C. Moesch und Konsorten betreffend Sicherheit für die Kindergarten-Kinder, Verkehrssignalisation/-markierung auf öffentlichen Strassen im Umkreis von Kindergärten, Bericht des RR	27
24.	Interpellation Nr. 38 Brigitta Gerber betreffend Umbau Austrasse: Fehlende Partizipation, Baubeginn während der Planaufgabe?, Schreiben des RR	28
25.	Anzug Catherine Alioth und Konsorten betreffend die Umsetzung der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung während des Maturitätslehrgangs gemäss Maturitätsanerkennungsverordnung (MAV), Schreiben des RR.....	29
26.	Interpellation Nr. 40 Sandra Bothe betreffend Konsequenzen der Einführung der Wahlmöglichkeit von Italienisch auf Sek II Stufe und Stellung des Frühfranzösisch im Basler Bildungssystem, Schreiben des RR	32
27.	Interpellation Nr. 42 Michael Hug betreffend Zwischennutzung des Sommercasinos durch den Verein Chateau Solaire, Schreiben des RR.....	33
28.	Motion Pascal Pfister und Konsorten betreffend Freiwilligen-Projekte gegen Einsamkeit unterstützen, Bericht des RR.....	34



29. Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend 1. August ohne offizielle Feuerwerke in Basel,
Schreiben des RR..... 34



Beginn der 15. Sitzung

Mittwoch, 21. Mai 2025, 09:00 Uhr

9. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Legislatur 2021 – 2025, Bericht der RegioKo

[21.05.25 09:00:13, 23.5563.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie herzlich zur heutigen Morgensitzung. Ich habe nur eine Mitteilung zu machen. Ich gratuliere meiner Banknachbarin zum erneuten Erreichen des Schweizermeistertitels im Fechten.

Wir kommen damit zur Traktandenliste. Traktandum 9 Grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Legislatur 2021 bis 2025. Bericht der Regiokommission. Diese beantragt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Wort geht an den Präsidenten Niggi Rechsteiner.

Niggi Daniel Rechsteiner (GLP): Es freut mich, Ihnen den Bericht der Regiokommission für die vergangene Legislatur 2021 bis 2025 vorzustellen. Dieser stützt sich auf den Bericht, der vom Grossen Rat in seiner Sitzung vom 17. Januar 2024 genehmigt wurde. Im Bericht werden die Aktivitäten der Kommission in den verschiedenen Handlungsfeldern wiedergegeben. Ein wesentlicher Teil der Arbeiten betrifft die Behandlung der ihr zugewiesenen Geschäfte, zusätzlich verfolgt die Kommission grenzüberschreitende Themen wie das Agglomerationsprogramm und die Beziehungen der Schweiz zur EU. Neben dem Austausch mit den involvierten Bardepartementen pflegt sie auch den Austausch mit in diesem Bereich tätigen Institutionen, insbesondere mit dem Verein Agglo Basel sowie dem Verein Regio Basiliensis und mit der interkantonalen Koordinationsstelle IKRP werden enge Kontakte gepflegt. Der Austausch und die Beziehungspflege mit Nachbarn, Kantonen und Gemeinden ist ebenso wichtig wie der Austausch mit zivilgesellschaftlichen Organisationen wie beispielsweise dem Verein Starke Region Basel. Bei Bedarf bringen die Kommissionsmitglieder Themen in die trinationalen Gremien, Oberrheinrat und Distriktsrat, ein.

Ich gebe Ihnen nun einen kurzen Überblick über die Tätigkeiten der Kommission in der letzten Legislatur. Näher auf die Inhalte werde ich bei denjenigen Geschäften eingehen, welche nicht bereits im letzten Bericht im Plenum vor rund einem Jahr präsentiert wurden.

In der vergangenen Periode wurden verschiedene Sachvorlagen behandelt. Neben den Geschäften der Entwicklungszusammenarbeit, über die wir am letzten Mittwoch beraten haben, hat die Kommission soziale Städtepartnerschaften und soziales Engagement im Ausland beraten, so auch ein Engagement in Rumänien in Verbindung mit der hiesigen Bettelproblematik.

Seit der letzten Berichterstattung befasste sich die Regiokommission mit folgenden Themen: Mit der Volksinitiative 1% gegen die globale Armut, mit der Entwicklung der Beziehung Schweiz-EU beschäftigt sich die Kommission konstant und nimmt den Abschluss der Verhandlungen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der europäischen Union im Dezember 2024 zur Paketlösung erfreut zur Kenntnis. Sie unterstützt den Regierungsrat in seinen Bestrebungen, im Rahmen der Gremienarbeit Einfluss auf den Meinungsbildungsprozess in der Schweiz zu nehmen. Im Rahmen der bilateralen Treffen wurde mit dem Kanton Jura ein Folgetreffen abgehalten. Zentrales Thema war hierbei die Kooperationen zwischen dem Universitätsspital und dem Hôpital du Jura. Jährlich werden rund 2000 Patienten im USB behandelt und die Zusammenarbeit zwischen Ärzten USB und Spezialisten im jurassischen Kantonsspital laufen sehr gut. Ein weiteres Thema im Austausch mit dem Kanton war wie schon beim vorigen Treffen die Verkehrsverbindung zwischen Basel und Delémont.

Mit der direkten Nachbarschaft fanden auch Gespräche statt. So wurde mit der Saint-Louis Agglomeration vorwiegend über die Entwicklung des Wirtschaftsraums und der einhergehenden Wohnraumentwicklung gesprochen. Die Fahrenden waren selbstverständlich auch ein Thema, wie auch die Pendlerströmen. Verkehrsfragen wurden im November auch mit dem Gemeinderat Allschwil besprochen. Die Gespräche schlossen sich an frühere Austausche an.

Neben der künftigen S Bahnhaltestelle Morgartenring und dem Tram Letten stand die Erschliessung des Bachgraben-Areals im Fokus. Die Regiokommission regt daher an, dass alle politischen Kräfte partnerschaftlich zusammenarbeiten und die Erschliessung des Areals von regionaler nationaler Bedeutung voranzutreiben. Weitere Themen waren der Euro Airport. Seitens des Gemeinderats wird begrüsst, dass sich die Schweizer Vertretung im Verwaltungsrat des EuroAirports gemeinsam für den Lärmschutz in den sensiblen Nachtstunden einsetzt.



In der Zusammenarbeit in den trinationalen Gremien werden wichtige Informationen ausgetauscht. Aus aktuellem Anlass wurde seitens des Oberrheinrats und des Districtrates angeregt, dass der ESC, leider schon in der Vergangenheit, auch als grenzüberschreitender Anlass lanciert wird und die Oberrheinregion als Tourismusdestination bestärkt werden kann. Das Schweizer Präsidentsjahr im Oberrheinrat wurde durch den Kanton Aargau wahrgenommen und stand unter dem Motto Mehr Nachhaltigkeit im Dreiland und verfolgte das Ziel, die trinationalen Gremien in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit besser abzustimmen.

Weitere Themen im Oberrheinrat und dessen Kommissionen waren der Gesundheitsraum Oberrhein und die Rettungsdienste, die Mehrsprachigkeit und die Beziehungen zu Europa. Im Districtsrat, dem politischen Beirat des trinationalen Eurodistricts Basel, war das Interregioprojekt Rheinland so wie auch die Sondermülldeponieren im Dreiland wichtige Themen. Darüber hinaus befasste man sich mit dem TB Begegnungsfonds und unterstützte das Anliegen zur Stärkung der Kommunikation zum Klassenbegegnungsfonds sowie die Möglichkeiten von Praktikas in Frankreich im Rahmen der trinationalen Studiengänge an der FHNW. Der Oberrheinrat und der Districtsrat geben mit ihren Jahresberichten die Rechenschaft über ihre Aktivitäten ab. Weitere Informationen stellen die beiden Gremien jeweils auf ihrer Homepage zur Verfügung.

Sie sehen aus den Ausführungen, dass sich die Regiokommission mit zahlreichen Themen beschafft und die Kommissionsmitglieder auf verschiedenen Ebenen engagiert mitarbeiten. Für weitere Details zu den verschiedenen Themen und den damit verbundenen Aktivitäten wird auf den Bericht verwiesen. Sie können unschwer feststellen, dass die Regiokommission mit zahlreichen Akteur:innen zusammenarbeitet, denen ich an dieser Stelle herzlich danken möchte.

Die Kommission beantragt dem Grossen Rat einstimmig mit 9 zu 0 Stimmen, vom Bericht der Regiokommission über die Jahre 2021 bis 2025 Kenntnis zu nehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat Regierungsrat Conradin Cramer.

Regierungspräsident Conradin Cramer: Der Bericht der Regiokommission gibt einen ausgezeichneten Überblick über ihre Tätigkeit in der Legislatur 2021 bis 2025. Ich möchte dafür ausdrücklich danken und auch ein paar Themen aufgreifen.

Stellvertretend möchte ich mich auf das konzentrieren, was wahrscheinlich das wichtigste ist für die weiteren Jahre, nämlich die Beziehungen der Schweiz mit der europäischen Union. Und hier danke ich der Regiokommission ausdrücklich für die Unterstützung des Regierungsrats in der Europafrage. Die Regiokommission hat dem Regierungsrat den Rücken gestärkt und mit eigenen Initiativen den Diskurs in der Schweiz über die Beziehungen Schweiz EU mitzugestalten und dabei auch unsere Nachbarn einzubeziehen.

Für den Regierungsrat ist eine institutionelle Lösung der Zusammenarbeit Schweiz-EU für die Prosperität des Wirtschafts- und Forschungsstandorts Basel unabdingbar. Deshalb hat der Regierungsrat den Abschluss der Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU über die Paketlösung im Dezember 2024 mit Genugtuung zur Kenntnis genommen und er wird den damit initiierten innenpolitischen Prozess und den öffentlichen Diskurs mitprägen wollen mit einem positiven Narrativ.

Ein erstes Zeichen in diesem Sinne wäre sicher ein ja zur Initiative Zäme in Europa, die der Regierungsrat ja auch zur Annahme empfiehlt. Und darüber hinaus stimmen mich die Signale bezüglich der Forschungszusammenarbeit mit der EU und der Wiederaufnahme der Schweiz als voll assoziiertes Mitglied von Horizon Europe zuversichtlich, dass wir insgesamt auf einem guten, wenn auch weiterhin anspruchsvollen Weg sind.

Der Regierungsrat teilt auch die Einschätzung der Regiokommission zur Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und der Personenfreizügigkeit für den Kanton Basel-Stadt und unsere ganze Region. Sie bilden eine zentrale Grundlage für einen attraktiven Lebensraum und einen erfolgreichen Wirtschaftsstandort. Zum einen respektieren wir die Schweiz mit der Personenfreizügigkeit eine der vier europäischen Grundfreiheiten und zum anderen ist die Personenfreizügigkeit gerade am Oberrhein für Basel-Stadt, für die Nordwestschweiz und auch für unsere Partner in Deutschland und Frankreich von zentraler Bedeutung. Wie die Regiokommission zu Recht betont, gehen hier wirtschaftliche Interessen mit unserer kulturellen Verbundenheit im Herzen Europas Hand in Hand. Und diese kulturelle Verbundenheit mit Europa konnten wir ja letzte Woche auch durchaus weithin sichtbar ausdrücken.

Die Präsidentschaft der Oberrheinkommission liegt dieses Jahr bei der Schweiz und damit bei mir als Leiter der Schweizer Delegation. Während meiner Präsidentschaft möchte ich die guten nachbarschaftlichen Beziehungen weiter vertiefen, die gemeinsam beschlossenen Klimaschutzmassnahmen vorantreiben und den Bildungs- und Forschungsstandort Oberrhein stärken. Darüber hinaus sollen Projekte in den Bereichen Verkehr und Raumplanung, Gesundheit und Katastrophenhilfe, Jugendsport und Kultur, die Lebensqualität und das Zusammengehörigkeitsgefühl weiter stärken. Da alle diese Themen und Projekte keine Selbstläufer sind, dankt der Regierungsrat dem Grossen Rat und besonders der Regiokommission für die Sensibilität, das Verständnis und die konstruktive Zusammenarbeit, die sie in Fragen der grenzüberschreitenden



Zusammenarbeit in den Berichtsjahren gezeigt hat und hoffentlich auch in der laufenden neuen Legislaturperiode weiterhin zeigen wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keinen Sprechenden eingetragen. Eintreten ist obligatorisch. Rückweisung wurde nicht beantragt. Ich komme damit zur Detailberatung des Grossratsbeschlusses, Seite 16 des Berichts.

Wir kommen zur Schlussabstimmung.

Abstimmung

Wer dem Grossratsbeschluss zustimmt, stimmt JA wer nicht zustimmt stimmt NEIN.

Ergebnis der Abstimmung

89 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006562, 21.05.25 09:12:02]

Der Grosse Rat beschliesst

Vom Bericht der Regiokommission zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Legislatur 2021 – 2025 wird Kenntnis genommen.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben dem Grossratsbeschluss zugestimmt mit 89 gegen eine Stimme.

10. Petition P478 "Für einen sicheren Schulweg und direkten Spielplatzzugang im Lysbüchel-Süd", Bericht der PetKo

[21.05.25 09:12:14, 24.5325.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition als erledigt zu erklären. Das Wort für die Kommission hat Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Ich spreche heute im Namen der Petitionskommission zur Petition P478, die sich für einen sicheren Schulweg und einen direkten Spielplatzzugang im Quartier Lysbüchel Süd einsetzt. Bereits im September 2024 hatte die Kommission dem Grossen Rat beantragt, die Petition zur Stellungnahme an den Regierungsrat zu überweisen. Diesem Antrag wurde entsprochen und in der Folge hat der Regierungsrat die aufgeworfenen Fragen innerhalb der gesetzlichen Frist umfassend beantwortet. Die Kommission hat diese Stellungnahme an ihrer Sitzung vom 31. März 2025 diskutiert und ihren Bericht entsprechend ergänzt.

Ich möchte mich an dieser Stelle im Namen der Kommission zunächst für die sehr differenzierte und ausführliche Beantwortung durch den Regierungsrat bedanken. Die Kommission anerkennt, dass auf verschiedene in der Petition angesprochene Punkte bereits reagiert worden ist, etwa durch infrastrukturelle Anpassungen, Verbesserungen in der Kommunikation oder durch gezielte Sofortmassnahmen nach dem tragischen Unfall an der Elsässerstrasse im Sommer 2024. Zentral im zweiten Teil der Behandlung war für uns die Frage, wie die Schulwegsicherheit zukünftig gewährleistet werden kann, nicht nur im bestehenden Kontext, sondern insbesondere auch im Hinblick auch die vielen anstehenden Bauphasen im Gebiet Volta Nord, aber auch allgemein in allen anderen sich stark entwickelnden Arealen dieser Stadt. Wir nehmen zur Kenntnis, dass der Regierungsrat die Bedeutung dieses Themas betont und auch die Einführung von Tempo 30



auf der gesamten Elsässerstrasse als prioritär einstuft. Dass diese Umsetzung an formale Vorgaben gebunden ist, ist nachvollziehbar. Dennoch erwartet die Kommission eine möglichst zügige Umsetzung.

Positiv werten wir zudem, dass die Verwaltung die Abstimmung zwischen Fachstellen, Schulen und Bevölkerung institutionalisiert hat, etwa über die Begleitgruppe, Infoveranstaltungen oder durch das Online-Meldeformular. Die Kommission erachtet es aber als wichtig und möchte betonen, dass diese Rückmeldungen aus der Bevölkerung ernstgenommen und allfällige Massnahmen weiterhin transparent kommuniziert und geprüft werden. Am nächsten dran sind nämlich die Eltern der Kinder, die diese Schulwege zurücklegen und auf ihre Warnungen müssen wir eingehen.

In Bezug auf die temporären Einschränkungen beim Zugang zu Freiräumen nimmt die Kommission zur Kenntnis, dass Zwischennutzungen geprüft und teilweise bereits realisiert wurden. Auch wenn eine vollständige Öffnung des Pausenplatzes auf dem Schuldach aus baulichen und betrieblichen Gründen nicht möglich ist, ist es aus Sicht der Kommission zentral, dass für die Übergangszeit niederschwellige, sichere und kindgerechte Alternativen im Quartier vorhanden sind und auch gefunden werden.

Zusammenfassend kommt die Kommission zum Schluss, dass die Petition durch die Antwort des Regierungsrats und durch die seither erfolgten Massnahmen inhaltlich aufgenommen wurde und deshalb beantragen wir dem Grossen Rat einstimmig, die Petition als erledigt zu erklären.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition als erledigt zu erklären.

11. Petition P484 "Stoppt den Parkplatzabbau ohne Alternativen!", Bericht der PetKo

[21.05.25 09:15:58, 24.5437.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Petitionskommission beantragt, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen. Das Wort hat Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Die Petition «Stoppt den Parkplatzabbau ohne Alternativen» fordert eine Verbesserung der Autoparkmöglichkeiten für Anwohnende, für den Detailhandel und das Gewerbe. Der Suchverkehr soll reduziert werden, indem zusätzliche oberirdische Parkplätze mindestens abends und nachts geschaffen und weitere Abbaumassnahmen gestoppt werden. Die Petentschaft appelliert an die kantonalen Behörden, keine weiteren Parkplätze im Kanton zu streichen, sofern keine Alternativen geschaffen werden.

Am 17. Februar hörte die Petitionskommission drei Vertreter der Petentschaft sowie den Leiter des Amts für Mobilität und den Abteilungsleiter Mobilitätsstrategie aus dem BVD an. Während des Hearings wurde einmal mehr offenbar, dass beim Thema Parkplätze unterschiedliche Welten aufeinander prallen. Zudem wurde klar, dass die Wahrnehmung der Parkplatzsituation in Basel sehr unterschiedlich ist. Die Vertreter der Petentschaft beklagten sich im Hearing, dass es im öffentlichen Raum immer weniger Autoparkplätze gebe und dass Anwohnende vor allem abends und in der Nacht grosse Schwierigkeiten hätten, einen Parkplatz zu finden. Sie beriefen sich auf eine Anfrage bei der Verkehrspolizei, die ihnen sagte, dass 5'000 Anwohnerparkkarten mehr verkauft worden seien als Parkplätze in der blauen Zone existieren. Der Kanton verkaufe demnach eine immer teurere Leistung, die er gar nicht erbringt.

Des weiteren verwies die Petentschaft auf einen UVEK-Beschluss, demgemäss 95% der Parkplätze, die oberirdisch abgebaut werden, unterirdisch zu kompensieren seien. Sie betonten, dass ihr Anliegen vor allem zugunsten von einkommensschwächeren Leuten sei, Familien, die sich kein GA leisten können, Menschen mit nicht ÖV kompatiblen Arbeitszeiten oder Arbeitsorten oder Menschen, die ihren Arbeitsalltag mit dem Auto bestreiten. Auch wenn sich in Basel keine politische Mehrheit für ihr Anliegen finden lasse, soll die Petition doch dafür sorgen, dass auch die Bedürfnisse der politischen Minderheit berücksichtigt werden.

Die beiden Vertreter aus dem Amt für Mobilität bestätigten, dass in Basel weniger Parkplätze zur Verfügung stehen. Grund dafür sei die Klimastrategie des Kantons. Damit verbunden sei eine stärkere Begrünung und die Entsiegelung des öffentlichen Raums. Zudem würden die Anforderungen an die Verkehrssicherheit stetig steigen und der Fuss- und Veloverkehr habe einen höheren Platzbedarf. Auch der Ausbau des Fernwärmenetzes soll gemäss dem Wunsch des



Grossen Rates dazu genutzt werden, um den umweltfreundlichen Verkehr zu fördern und Flächen zu begrünen und zu entsiegeln. In den letzten acht Jahren seien deshalb 6% der am Tag und 8% der in der Nacht im öffentlichen Raum angebotenen Parkplätze aufgehoben worden. Aktuell gebe es in Basel im öffentlichen Raum rund 25'000 Parkplätze auf einer Fläche von etwa 300'000 m. Gemäss den Vertretern des Amt für Mobilität nehme die Anzahl Parkplätze auf privatem Grund aufgrund neuer Überbauungen und Parkgaragen jedoch zu. Aktuell werden Parkplätze auf privatem Grund auf rund 80'000 geschätzt. Die Summe der privaten und öffentlich zugänglichen Parkplätze zusammen nehme also nicht ab, sondern zu.

Die Verlagerung der Parkierung vom öffentlichen auf private Parzellen werde vom Regierungsrat mit Massnahmen wie Mehrfachnutzungen von Parkplätzen und der Erstellung von Quartierparkings gefördert. Allerdings sei es nicht einfach, Eigentümerinnen und Eigentümer zu motivieren, ihre Einstellhallen für Dritte zugänglich zu machen. Mit der Erhöhung der Parkkartenpreise und mit der Differenzierung nach Fahrzeuglänge soll die Nachfrage reduziert und die von der Petition eigentlich geforderte Verbesserung der Parkiermöglichkeiten für Autos erreicht werden. Es gibt nämlich Autobesitzende, die ihren privaten Parkplatz anderweitig nutzen und ihr Fahrzeug mit Anwohnerparkkarte auf öffentlichem Grund abstellen. Zudem werden auch nur selten genutzte Fahrzeuge auf öffentlichem Grund parkiert. Untersuchungen zeigen, dass mehr als ein Drittel der in Basel auf öffentlichem Grund parkierten Autos innerhalb der jeweils letzten Woche nicht bewegt worden ist. Teurere Anwohnerparkkarten sollen einerseits dazu führen, dass mehr Leute ihr Auto auf privaten Parzellen abstellen und andererseits sollen sie besonders bei wenig Fahrenden den Anreiz erhöhen, ein Carsharing zu nutzen und auf ein eigenes Auto zu verzichten.

Beim von der Petentschaft erwähnten Beschluss der UVEK, demgemäss dem 95% der auf der Oberfläche aufgehobenen Parkplätze durch unterirdische ersetzt werden müssen, handelt es sich gemäss den Vertretern des BVD wohl um ein Missverständnis. Der Grosse Rat habe auf Antrag der UVEK beschlossen, dass Quartierparkings nur erstellt werden dürfen, wenn im Umfeld der Anlage bis zu einer Distanz von rund 500 Metern 95% der neu erstellten Parkplätze im öffentlichen Raum aufgehoben werden. Die Vertreter der Verwaltung verwehrt sich auch gegen die Behauptung der Petentschaft, der Regierungsrat kürze Leistungen. Zudem sei der Preis der Parkkarte gemessen am Wert der beanspruchten Fläche nach wie vor günstig. Die Aussage, dass es mehr Anwohnerparkkarten als verfügbare Parkplätze gibt, ist gemäss den Vertretern der Verwaltung unzutreffend. Seit der Preiserhöhung im 2019 sei die Zahl der permanent signalisierten Parkplätze in der blauen Zone in allen Quartieren höher als jene der verkauften Anwohnerparkkarten. Die Erhöhung der Preise im 2025 habe gemäss einem ersten Trend zu einem weiteren Rückgang der Anwohnerparkkarten um 9% gegenüber dem Vorjahr geführt.

Die von den Vertretern der Verwaltung präsentierten Statistiken wurden von den Vertretern der Petentschaft grundsätzlich angezweifelt. Die Petitionskommission war sich einig, dass angesichts der zahlreichen politischen Entscheide der letzten Jahre die Forderung nach Schaffung zusätzlicher oberirdischer Parkplätze und der Verzicht auf Streichung weiterer Parkplätze ohne gleichwertigen Ersatz unrealistisch und nicht zeitgemäss ist. Gleichzeitig kann die Petitionskommission den Unmut der Menschen nachvollziehen, die trotz Anwohnerparkkarte regelmässig keinen Parkplatz finden. Sie diskutierte deshalb verschiedene Lösungsansätze, wie zum Beispiel eine Sensibilisierung der Autofahrenden im Hinblick auf Parkieren mit möglichst geringem Abstand zu anderen Fahrzeugen oder eine Informationskampagne für Leute, die Autos nur selten nutzen, um ihnen aufzuzeigen, dass Carsharing für sie deutlich günstiger ist. Die Kommission glaubt jedoch nicht wirklich daran, dass sich damit der Parkierdruck im öffentlichen Raum wesentlich reduzieren lässt. Die Steuerung über die Preise der Parkkarten wird deutlich effektiver eingeschätzt, um das Ziel zu erreichen, dass im öffentlichen Raum ohne langes Suchen ein Parkplatz zu finden ist, und zwar ohne die Erhöhung der Anzahl Parkplätze.

Interessant fand die Kommission die Information über die zahlreichen kaum bewegten Autos. Sie diskutierte in der Folge auch über eine mögliche Beschränkung der Parkdauer mit Anwohnerparkkarte. Dies war jedoch nur ein weiterer Ansatz, der in der Kommission besprochen wurde. Grund für die Suche nach Lösungsansätzen war die Feststellung, dass ein Teil der Bevölkerung offenbar das Gefühl hat, man wolle sie mit der an sich politisch breit abgestützten Parkplatzpolitik schikanieren. Diesem Gefühl soll nach Meinung der Petitionskommission entgegengewirkt werden, sei es mit den diskutierten Massnahmen, sei es mit einer proaktiven Kommunikation von Seiten der Verwaltung.

Aus diesen Gründen beantragt die Petitionskommission einstimmig, die Petition zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Behandlung zu überweisen.



13. Motion 1 Sandra Bothe und Konsorten betreffend ein lernfreundliches Klima: Gesundheitsschutz an Schulen vor Hitzebelastung nachhaltig gewährleisten

[21.05.25 09:25:48, 25.5145.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen.

Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

14. Motion 2 Heidi Mück und Konsorten betreffend Umsetzung der geplanten Verbesserungsmassnahmen für das Gebiet rund um die Dreirosenanlage

[21.05.25 09:26:15, 25.5146.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, die Motion zur Stellungnahme entgegenzunehmen. Das Wort hat Silvia Schweizer.

Silvia Schweizer (FDP): Die FDP-Fraktion lehnt die Überweisung der Motion zur Umsetzung der geplanten Verbesserungsmassnahmen für das Gebiet Dreirosenanlage ab. Wie die Motionärinnen und Motionäre korrekt feststellen, wurden im Rahmen einer Testplanung verschiedene Optionen zur sozial und stadträumlichen Entwicklung des Gebietsdreirosenanlage im Zusammenhang mit dem Projekt Rheintunnel geprüft. Auch die Schaffung von Provisorien sowie neu öffentlich zugänglichen Flächen und Grünräumen wurde in Aussicht gestellt.

Die FDP-Fraktion anerkennt, dass im Quartier im Bereich Grün- und Freiflächen Verbesserungspotenzial besteht. Auch die Verglasung der Dreirosenbrücke zur Verbesserung des Schallschutzes rheinabwärts ist für die Fraktion richtig. Nach der Ablehnung des Rheintunnels jedoch sämtliche Forderungen aus den geprüften Optionen und Verbesserungsmassnahmen als Motion einzufordern geht aus unserer Sicht deutlich zu weit.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (BastA): Das Klybeck ist auf Platz 3, Matthäus auf Platz 6, nicht bei möglichst vielen Grünflächen, sondern bei möglichst wenig Grünflächen. Interessanterweise macht der Quarterradar in Basel-Stadt die Rangliste danach, wer am wenigsten Grünflächen hat. Also wir sind hier im Bereich der Quartiere, die sehr wenig Grünflächen haben, nur die beiden Altstadtkreise in Klein- und Grossbasel haben weniger Grünflächen als das Klybeck. Das muss man sich mal vorstellen. Das ist schon interessant, dass hier zusätzliche Grünflächen als zu viel des Guten erachtet werden. Interessant ist auch, dass diese beiden Quartiere Quartiere sind, wo die Wohnfläche pro Person sehr klein ist. Also es geht auch hier um Familien, um Kinder, um Jugendliche, die nicht gerade sehr viel Fläche im privaten Umfeld zur Verfügung haben, für die es sehr wichtig ist, den öffentlichen Raum nutzen zu können.

Die Forderungen, die Heidi-Mück jetzt aufstellt, sind alles andere als revolutionär. Die wichtigste davon ist die Grünfläche am Rheinufer, etwas, das ja auch schon von der FDP gefordert wurde, das wir eigentlich auch schon beschlossen haben. Der wichtigste Unterschied, den diese Motion jetzt macht, ist der Zeitplan. Die Regierung hat gesagt, dass es ihr möglich ist, das umzusetzen vor dem Baubeginn Dreirosenmatte. Das wäre also noch vor etwa 2030. Das heisst, hier kann und muss vorwärts gemacht werden. Wir möchten uns hier nicht mehr auf die nächsten 10, 20, 30 Jahre verträsten, wenn dann vielleicht irgendwann mal etwas Grosses geschieht,

Ich bitte Sie, diese Motion zu überweisen, damit hier diese kleinen Verbesserungen für diese Quartiere, die es dringend nötig haben, umgesetzt werden können.



Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort geht an Laetitia-Block.

Laetitia Block (SVP): Auch wir von der SVP unterstützen eigentlich die meisten dieser vorgeschlagenen Massnahmen in dieser Motion. Wir sprechen uns für mehr Grünraum aus in Kleinbasel, für gute Verkehrsverbindungen sprechen wir uns auch aus, auch dass die Freizeithalle erweitert wird, und für eine durchgehende Reinpromenade. Sie sehen, wir sind absolut für diese Massnahmen, auch mehr Duschen sind eine gute Sache. Das sind gute Massnahmen, die man unterstützen könnte.

Nur leider wurde hier auch eine Anti-Auto-Forderung eingebaut. Denn die Verglasung der Autobahn, für die wir uns durchaus aussprechen können, wurde verbunden mit der Reduktion des Tempos auf Tempo 60. Diese braucht es unseres Erachtens gar nicht. Wenn eine Verglasung kommt, haben wir die Lärmreduktion, senken wir schon die Emissionen, und die Wohnqualität für die Anwohnenden steigt hier insgesamt.

Die SVP-Fraktion ist deshalb zum Schluss gekommen, dass sie diese Motion nicht unterstützen kann. Vielleicht auch noch zum Thema E-Mobilität, wodurch der Lärm auch noch reduziert wird auf der Autobahn. Es ist schade, dass diese Forderung hier noch eingebaut wurde, denn ohne diese Forderung hätten wir als Fraktion diese Motion absolut unterstützen können. Aber wir können diese Motion mit einer ideologisch eingebauten Anti-Auto-Forderung nicht unterstützen und sind deshalb zum Schluss gekommen, dass wir diese Motion ablehnen bzw. Sie bitten, diese nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Harald Friedl.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Vieles muss man nicht mehr sagen, Tonja Zürcher hat schon sehr gut darauf hingewiesen, wo die Problematik liegt bei diesen beiden Stadtteilen, beim mangelnden Freiraum, bei der mangelnden Grünflächen. Ich bin selber Bewohner dieses Gebiets und kann das nur bestätigen. Die Vorschläge kommen ja eigentlich schon von der Verwaltung, vom Regierungsrat, sie sind also umsetzbar und ich kann Ihnen versichern, damals, als es um die Abstimmung gegen den Autobahnausbau in der Schweiz ging, haben die Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers gesagt, wieso kommt das erst jetzt? Das wären ja sinnvolle Verbesserungsmassnahmen, die dem Quartier schon jetzt zugutekommen könnten. Der Regierungsrat hat ja Vorschläge gemacht, die nicht aus den Wolken gegriffen sind, sondern das sind realistische Vorschläge, und daher kann ich jetzt hier nicht nachvollziehen, wieso es da Opposition dagegen gibt. Vielleicht findet man ein kleines Detail, das einem nicht passt, aber ich denke im Sinne des gesamten Quartiers sollten wir diese Motion wirklich mit grosser Überzeugung überweisen.

Einfach noch ein Wort zu diesen beiden Quartieren Klybeck und Matthäus. Da gibt es viele Probleme. Das wurde letztes Jahr sehr stark in den Medien hochgespült und ich denke, es wäre eine kleine Wertschätzung gegenüber den Bewohnenden in diesen beiden Stadtquartieren, dass man ihnen auch sagen kann, wir sind dafür und wir wollen dafür sorgen, dass das Leben in diesen beiden Quartieren sehr Lebenswert ist.

Also senden wir hier ein Signal an die Bevölkerung der beiden Quartiere Klybeck und Matthäus, indem wir ihre Wohnbedingungen verbessern wollen, und das nicht nur, wenn es darum geht, Stimmung zu machen für eine Abstimmungsvorlage, sondern auch danach, wenn das Projekt, wofür die meisten Quartierbewohnenden sind, nicht umgesetzt wird.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Mahir Kabakci.

Mahir Kabakci (SP): Der Rheintunnel wurde abgelehnt. Wer hätte es gedacht, meine Damen und Herren, die Basler Regierung jedenfalls nicht. Es wurden viele Versprechen gemacht und der Bevölkerung wurde vieles mitgeteilt, was anders gemacht werden könnte, was man anbieten könnte.

Heute sprechen wir über ein Geschäft, das auf den ersten Blick wie eine Nachwehe zur Rheintunnel-Abstimmung werden mag. Tatsächlich aber geht es um weit mehr. Es geht um konkrete, längst überfällige Verbesserungen für ein dicht besiedeltes Start belastetes Stadtquartier rund um die Dreirosenanlage, aber auch allgemein im Kleinbasel. Es geht um ein Versprechen an die Bevölkerung und letztlich auch um unsere Glaubwürdigkeit als Politik.

Im Zuge des Rheintunnel-Projekts wurde vom Kanton eine Testplanung erarbeitet mit viel Expertise und unter Einbezug der Quartierbevölkerung. Diese Testplanung hat nicht nur gezeigt, wie die Belastungen während der Bauzeit abgefedert werden könnten, sondern auch, welches Potenzial dieses Gebiet hat, unabhängig vom Tunnel. Im Abstimmungskampf hat der Regierungsrat konkrete Verbesserungen in Aussicht gestellt, mehr Grünräume, bessere Fuss- und Veloverbindungen,



attraktive Aufenthaltsorte. All das waren nicht einfach blossе Wahlversprechen. Es waren zugesicherte Massnahmen, und genau diese will die Motion nun verbindlich aufgleisen.

Wir sprechen hier über keine revolutionären Ideen, sondern über pragmatische, realisierbare Projekte. Eine Ersatzgrünfläche am Rheinufer, wo durch die Einkürzung der Hafenbahn neuer Freiraum steht, eine sinnvolle Verbesserung des Schallschutzes auf der Dreirosenbrücke, auch rheinabwärts, wo die Belastung heute besonders hoch ist, eine neue, sichere Verbindung für den Fuss- und Veloverkehr beim Klybeckrhein, wichtig für Alltagsmobilität und Freizeit gleichermassen, die Erweiterung der Freizeithalle durch die Umsiedlung der Stadtreinigung, etwas, das direkt Kindern und Jugendlichen zugutekommt und schliesslich die Öffnung der Rheinpromenade bis zum Klybeckquai, ein langer Wunsch im Quartier und zusätzliche Infrastrukturen für die Rheinschwimmerinnen. Diese Vorschläge sind keine Luxuslösungen. Sie sind vernünftig, gut begründet und bringen eine hohe Wirkung bei relativ moderatem Mitteleinsatz. Es geht nicht um Symbolpolitik, sondern um konkrete Verbesserung der Lebensqualität in einem stark beanspruchten Teil unserer Stadt.

Ich möchte an dieser Stelle auch betonen, die Motion verlangt ja nicht, dass alles sofort umgesetzt wird. Sie verlangt aber ein klares Bekenntnis zur Umsetzung mit Tempo, mit Verbindlichkeit und mit dem nötigen politischen Willen. Basel hatte gezeigt beim ESC, wenn es will, dann kann es. Und genau mit diesem Tempo muss es dranbleiben, und auch dann, wenn es um Verbesserungen für das Stadtquartier geht. Das ist nicht viel verlangt, im Gegenteil, wir sind es den Menschen im Quartier schuldig, dass wir hier dranbleiben. Und deshalb verstehe ich ehrlich gesagt auch die Argumentation der SVP nicht, wenn man sagt, ja eigentlich sind wir positiv, wir wären dafür, es ist ja gut, aber bei Tempo 60 wird es dann schwierig. Dazu kann ich ja sagen, es ist eine Kann-Formulierung, die Regierung wird das prüfen und dementsprechend zu einem Entscheid kommen.

Aus unserer Sicht ist klar, die Stadtentwicklung darf nicht nur dort stattfinden, wo es Investoren getrieben möglich ist, sondern vor allem dort, wo die Bevölkerung auf öffentliches Engagement angewiesen ist. Das Gebiet um die Dreirosenanlage ist ein Paradebeispiel dafür. Ich bitte Sie daher, unterstützen Sie diese Motion im Sinne einer fairen, nachhaltigen und sozial ausgewogenen Stadtentwicklung und vor allem aber auch im Sinne der politischen Verlässlichkeit gegenüber den Bewohnerinnen und Bewohner in unserem Quartier. Ich denke, gerade das ist für die Regierung elementar, damit sie auch in Zukunft noch Glaubwürdigkeit hat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Sie wird entgegengenommen.

Daniel Seiler (FDP): Ihr setzt euch sehr stark ein für die Menschen, die durch den Tunnel seinerzeit mit der Nordtangente schon sehr entlastet wurden. Wie setzt Ihr euch für die Menschen ein, die nach dem Nein weiterhin durch den Ausweichverkehr leiden werden, da wir keine Lösung durch den Tunnel haben.

Mahir Kabakci (SP): Ich spüre bei jeder Frage Ihr Herzblut für dieses Thema, aber da kann ich Ihnen sagen, die Bevölkerung hat entschieden, sie hat das Projekt abgelehnt. Und jetzt ist es im Auftrag der Regierung, eine Lösung zu finden, die für alle, welche in diesen Stadt leben, eine gute Lösung ist, für den Autoverkehr, aber auch für die Menschen, die in diesem Quartier leben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Michael Hug.

Michael Hug (LDP): In der Fraktion wurde diese Motion ausführlich diskutiert und es ist nicht ganz einfach, dagegen zu sein, denn es hat sehr viele Massnahmen, die dem Quartier zugutekommen und die wichtig sind, das anerkennen wir. Dennoch, und Sie sehen es in der Kreuztabelle, ist die LDP dagegen, zum einen – und das wurde vom Kollegen der SVP schon gesagt – wollen wir das Tempo hier nicht drosseln. Vorher hat Mahir Kabakci viel vom Tempo gesprochen. Wir wollen nicht ohne Not am Autobahnabschnitt auch noch die Geschwindigkeit senken, wenn man gleichzeitig, und das unterstützen wir sehr, diese Lärmschutzmassnahme macht, indem man die andere Seite einglast. Das war seinerzeit halt schon etwas falsch geplant, dass man das nicht gemacht hat, und die Lebensqualität ist entscheidend davon abhängig, dass der Lärm dort in Griff gebracht wird.

Viele Massnahmen sind grundsätzlich sehr positiv zu beurteilen, aber wir finden hierzu ist keine Motion notwendig. Es gibt sehr viele Planungen, die in diesem Perimeter laufen, und wir wollen diese jetzt mit der Motion nicht auch noch belasten, denn wir wollen, dass es nun rasch vorangeht, und die Verbesserungen sind mehrfach artikuliert worden, die sind bekannt. Ich glaube nicht, dass die Regierung diese Motion braucht, um solche Verbesserungen umzusetzen.



Auch unsere Partei hat sich immer wieder dafür stark eingesetzt, dass es eine Aufwertung in diesem Perimeter gibt. Wir haben auch Ideen eingebracht, wie die Begrünung der Dreirosenbrücke und sind auch sonst sehr offen für verbessernde Massnahmen. Wir haben anr das Gefühl, dass die Motion hier auch die laufenden Planungen negativ beeinflussen kann und das wollen wir nicht unterstützen. Deshalb empfehlen wir und wünschen uns hier keine Überweisung der Motion.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Mahir Kabakci. Sie wird entgegengenommen.

Mahir Kabakci (SP): Finden Sie diese Haltung nicht ein bisschen paradox, wenn Sie auf der einen Seite sagen, jetzt wo der Rheintunnel abgelehnt wurde gibt es keine Entlastung für die Bevölkerung, die in diesem Stadtteil lebt, aber auf der einen anderen Seite sagen Sie bei der Dreirosenanlage, Sie seien gegen die Reduktion auf Tempo 60, weil das den Verkehr stören würde. Denn dies würde auch eine direkte Entlastung bringen.

Michael Hug (LDP): Durch eine Reduktion des Tempos wird die Belastung einfach noch viel grösser für das Quartier mit dem Suchverkehr usw. Darum muss man da dagegen sein zugunsten einer Entlastung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Zum Schluss hat das Wort die Motionärin Heidi Mück.

Heidi Mück (BastA): Zuerst möchte ich mich bei den Gegnerinnen und Gegnern der Motion bedanken, weil sie anerkennen, dass hier Handlungsbedarf besteht. Ich denke, das ist schon einmal eine Grundlage, auf der wir aufbauen können, auf der wir diskutieren können. Herzlichen Dank dafür.

Ich möchte gar nicht mehr viel zum Inhalt der Motion sagen. Es wurde wirklich viel schon gesagt, auch dafür herzlichen Dank. Mir war es eine moralische Frage, warum ich diese Motion eingereicht habe. Nämlich schon als bei den zahlreichen Veranstaltungen zum geplanten Rheintunnel die vielen schönen Möglichkeiten gezeigt wurden, wie die Dreirosenmatte und das Gebiet rundherum attraktiver gemacht werden können, fiel nicht nur mir auf, dass es für diese Massnahmen den Rheintunnel eigentlich gar nicht braucht. Die schönen Massnahmen waren die, die im Rahmen einer Testplanung erarbeitet wurden, und die waren ein Verkaufsargument, ganz klar, um der Quartierbevölkerung die zehnjährigen Baustelle auf einer ihrer sehr wenigen Grün- und Freifläche wenigstens ein bisschen schmackhafter zu machen.

Nun wurde der Rheintunnel abgelehnt und es stellt sich schon die Frage, was jetzt mit den vielen Ideen, die erarbeitet wurden, um die heutige Situation rund um die Dreirosenmatte zu verbessern, passieren soll. Da wird es für mich halt ein bisschen moralisch. Sollen die widerständigen Quartierbewohner:innen nun quasi bestraft werden, indem die Verbesserungsmassnahmen nicht oder viel später umgesetzt werden? Das fände ich ziemlich schlimm. Ich finde, es soll vorwärts gehen und deswegen habe ich auch eine Motion eingereicht.

Zudem wurde auch schon ziemlich viel Geld investiert, um diese Testplanungen zu machen. Solche Ideen und Planungen passieren ja nicht gratis. Es wäre ja schade, wenn wir das einfach versanden lassen würden. Und ehrlich gesagt, ich habe gestaunt und mich auch gefreut, dass der Regierungsrat bereit ist, diese Motion entgegenzunehmen. Aber ich mache mir auch keine Illusionen. So wie ich den Regierungsrat in letzter Zeit erlebt habe, wird bei einer Erstüberweisung der Motion ein Bericht kommen, der im besten Fall in schöner Argumentationslinie aufzeigt, dass diese Motion als Anzug weiterbehandelt werden soll. Und das ist wahrscheinlich die Realität, wir werden es sehen.

Ich wollte noch kurz etwas zur Temporeduktion sagen. Ich wusste, dass dieser Punkt in der Forderung ein Triggerpunkt ist, und deshalb habe ich die Formulierung wirklich sehr sorgfältig gewählt. Wenn Sie gelesen haben, was ich geschrieben habe, dann steht, dass die Temporeduktion geprüft werden soll. Die Motion könnte also auch umgesetzt werden, ohne das so zu verwirklichen. Und es war mir wirklich wichtig, dass ich das noch platzieren könnte.

Ich bitte Sie auf auf jeden Fall diese Motion wie vom Regierungsrat gewünscht ein erstes Mal zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir stimmen darüber ab.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst nicht Überweisen



Ergebnis der Abstimmung

63 Ja, 30 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006567, 21.05.25 09:47:54]

Der Grosse Rat beschliesst

die Motion dem Regierungsrat zur Stellungnahme zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich mit 63 gegen 30 Stimmen bei einer Enthaltung für eine Überweisung entschieden.

15. Anzug 1 Joël Thüring und Konsorten betreffend Herzl-Gedenktafel beim Stadtcasino

[21.05.25 09:48:07, 25.5142.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten durch Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte noch ganz kurz erklären, warum ich das bestreite. Es ist eigentlich eine traurige Sache. Meine Oma hat den Stammbau abändern müssen, weil ich einen Vorfahren hatte, der Von Israel hiess. Hätte sie den Stammbaum nicht abgeändert, würde es mich vielleicht gar nicht geben. Aber ich habe einen Vorfahren, der hiess 1870 Von Israel, und klarer kann es ja nicht sein. Aber der Stammbaum konnte von meiner Oma abgeändert werden, damit man nicht ins Konzentrationslager musste.

Joël Thüring, Sie schreiben in Ihrem Anzug, den ich bestreiten möchte, dass Theodor Herzl gesagt hat, in Basel habe er den Judenstaat gegründet. Vielleicht wissen Sie es nicht, München wollte den Kongress nicht. Basel war eine Ersatzlösung. Ich habe Angst vor so einer Tafel. Sie wird beschmiert werden. Ich möchte auch nicht, dass wir zu einem Museumsdorf werden. Heute gibt es zwar eine Einladung in die Synagoge, ich weiss nicht, ob das ein Zufall ist, bei der 35 Grossräte dabei sind. Ich gehe nicht, weil ich einfach Angst habe, weil die Synagoge schwer überwacht wird, und ich kann auch daran erinnern an November 2023, an die 15 Männer mit Maschinenpistolen vor dem Rathaus Basel wegen dem Gebet.

Es gibt ein neues jüdisches Museum. Dort gibt es Platz für die Gedenktafel. Und darum bestreite ich den Anzug. Ich darf auch sagen, dass ich halt für Palästina bin. Ich war in Basel und dann in Muttenz. Meine Gymnasiumszeit ist mir, als wäre es gestern gewesen. Ich bin jung geblieben. Und die Gymnasiumszeit hat mich geprägt mit meinen Geschichtslehrern und darum habe ich auch ein linkes Weltbild in mir, ich bin für den Arbeiter. Und das wollte ich noch sagen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber, das hat aber nichts mit der Gedenktafel zu tun.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich bin gegen die Gedenktafel. Und ich komme zum Schluss. Ich war fest angestellter Redaktor bei der Davoser Zeitung in Graubünden. Sie schreiben von jüdischen Touristen aus aller Welt. Sie können es googeln, es hat grosse Probleme gegeben in Davos mit den jüdischen Touristen. Ich bin gegen diesen Anzug, und ich kann das auch begründet, sachlich. Ich weiss, dass es in vielen Linken innerlich brennt, und ich möchte bitten, dass die Linken hier reden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Oliver Bolliger.

Oliver Bolliger (BastA): Die BastA bestreitet die Überweisung dieses Anzugs und mir ist es wirklich wichtig, dass Sie sich dazu nochmals Gedanken machen. Ich versuche, Ihnen meine Gründe gegen die Beweise darzulegen und hoffe sehr, dass



Sie sich eben nochmals kurz überlegen, ob die jetzige Weltlage und der jetzige Zeitpunkt einen solchen politischen Vorstoss wirklich zulässt.

Der Anzug möchte am Stadtcasino eine Gedenktafel zu Theodor Herzl und seiner Ideologie zur Gründung des Judenstaats im Rahmen des ersten Zionistenkongresses von 1897 für Touristen anbringen lassen. Es geht hier also nicht darum, das Interesse und Bewusstsein der Bevölkerung um eine kritische historische Auseinandersetzung zur Person Herzls, zum Zionistenkongress, zum Antisemitismus und auch nicht zu den im Anschluss der israelischen Staatsgründung entstandenen dramatischen geopolitischen Folgen für die Bevölkerung im Nahen Osten zu wecken und im öffentlichen Raum sichtbar zu machen. Dies wäre ja durchaus sinnvoll. Nein, hier geht es um etwas anderes. Das Datum ist auch nicht zufällig, vor einer Woche wäre die Überweisung des Anzugs exakt am Datum der Staatsgründung Israels vom 14. Mai gewesen, die Ausrufung der Unabhängigkeit 1948 löste einen Krieg in der Region aus, welcher bis heute für alle Menschen, unabhängig ihres Glaubens und ihrer nationalen Zugehörigkeit, einen grossen Einschnitt hinterlassen hat und Generationen übergreifende Traumata entstehen liess. Einen Tag später fand übrigens der Gedenktag für die Vertreibung von rund 700'000 Palästinenserinnen und Palästinenser statt. Es gibt den einen Tag nicht ohne den anderen.

Die geforderte Gedenktafel betrifft neben der Person Herzl auch seine nationalistische Ideologie eines eigenen jüdischen Staats im Nahen Osten. Dass vor rund 125 Jahren diese Idee aufkam, kann politisch durchaus eingeordnet werden, prägte doch der Nationalismus und der Imperialismus die Politik und das Leben der Menschen zu dieser Zeit, ein Nationalismus, der die Menschheit schliesslich in die beiden grauenhaften Weltkriege führte. Die jüdische Bevölkerung war durch den herrschenden Antisemitismus in Europa stark bedroht. Der zionistischen Idee eines eigenen Nationalstaats beispielsweise in Palästina folgte zu dieser Zeit aber trotzdem nur eine Minderheit der jüdischen Bevölkerung. Herzl jedoch legte den ideologischen Grundstein für den Zionismus und die jüdische Nationalbewegung, auf die sich nun die extreme rechtsnationale Regierung Israels beruft.

Ohne Kritik an der Person Herzl und seiner nationalistischen Ideologie wäre heute eine Gedenktafel undenkbar. Aber nicht nur historische Gründe sprechen dagegen, wer in der aktuellen humanitären Katastrophe in Gaza und in den palästinensischen Gebieten einen solchen Anzug der Regierung überweist – entschuldigen Sie, dass ich hier ein wenig deutlich werde – handelt verantwortungslos und unklug. Meine Damen und Herren, ich muss Sie eigentlich nicht darauf aufmerksam machen, dass die Regierung von Netanjahu seit Wochen keine Hilfsgüter, welche an Grenzen bereitstehen, passieren lässt, die palästinensische Bevölkerung aushungern lässt, überlebensnotwendige medizinische Hilfe blockiert und wieder Angriffe auf die Spitäler und Menschen in Gaza startet.

Balz Herter, Grossratspräsident: Oliver Bolliger, das hat auch nichts mit der Gedenktafel zu tun.

Oliver Bolliger (BastA): Ich würde sehr wohl sagen, dass das mit der Gedenktafel zu tun hat, weil diese Idee ist grundsätzlich der falsche Ansatz, umso mehr ist es jetzt der falsche Zeitpunkt, eine solche Gedenktafel am Sommercasino anzubringen. Es ist in keiner Weise gerecht, dies ist aus meiner Sicht auch ein politisch motivierter Vorstoss, und diesen sollen wir nicht überweisen. Ich bitte Sie also, sich zu enthalten oder diesen Anzug abzulehnen.

Ich möchte für den Anzug Furlano noch etwas mitgeben, weil ich dazu nicht mehr sprechen werde und auch nicht bestreiten werde. Diesen Anzug braucht es aus unserer Sicht nicht, nicht weil kein Bedarf besteht, sondern weil die Regierung schon lange eine Taskforce hätte einrichten können. Die gesetzliche Grundlage besteht nämlich schon aufgrund des Anzugs von Pascal Messerli betreffend einen kantonalen Massnahmenplan Bekämpfung Antisemitismus. Und für die inhaltliche Taskforce wird zudem entscheidend sein, nach welcher Antisemitismus-Definition sie sich ausrichten wird und ich mache beliebt, dass sie die Jerusalem Erklärung zum Antisemitismus als Grundlage nehmen wird, damit wir hier einen Schritt weiterkommen.

Also ich bitte Sie nochmals, diesen Anzug zu einer Gedenktafel ohne historische Aufarbeitung dieses Konflikts nicht zu überweisen, einen solchen Vorstoss abzulehnen und politisch klug zu handeln. Und wenn Sie ihn nicht ablehnen können, dann enthalten Sie sich bitte.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Oliver Thommen.

Oliver Thommen (GRÜNE/jgb): Ich möchte noch eine Vorbemerkung machen, ich bin etwas irritiert aufgrund des ersten Sprechers, dass an diesem Rednerpult solche antisemitischen Auslassungen möglich sind.

Nun zum Anzug: Ist es legitim, Zivilistinnen und Zivilisten aushungern zu lassen? Ist der Einsatz von Phosphor legitim? Ist das Verlegen von Minen legitim? Diese Fragen muss man sich immer wieder stellen. Legal ist es nicht, aber es ist klar, dass



gerade in der heutigen Zeit das Recht leider kaum mehr gilt. Es gilt Auge um Auge, Zahn um Zahn und es gilt nicht, dass, wer einen Menschen tötet, die ganze Menschheit tötet, weil er damit die Würde von uns allen tötet. Das gilt in vielen Kriegen. Es gilt in der Ukraine genauso wie in Palästina, genauso im Sudan. Aus historischen Gründen hat die Situation in Palästina natürlich für uns eine besondere Bedeutung. Aber haben wir hier als Mitglieder des Grossen Rates schon einmal mit einem Regierungsvertreter, einer Regierungsvertreterin der israelischen Regierung gesprochen, haben wir mit einem palästinensischen Bauern gesprochen, der jeden Tag um sein Überleben kämpfen muss? Haben wir mit einer israelischen Friedensaktivistin aus einem Kibbuz gesprochen, haben wir mit einem einfachen Unternehmer oder einer Lehrerin in Gaza gesprochen? Wahrscheinlich die meisten nicht.

Aber ich möchte das hier einfach in aller Deutlichkeit sagen, auch weil sie vom Vorredner so genannt wurde, das spielt für diesen Anzug keine Rolle. Es ist ein Anzug, bei dem es aus meiner Sicht um etwas völlig anderes geht. Es geht um die Figur Theodor Herzl, gestorben 1904. Und wie das mein Vorredner schon gesagt hat, der Zionismus ist und war damals eine Randerscheinung und anders als beim ESC, wo man sich so freut, dass er nach Basel kam, der Kongress kann hierhin, nicht weil Theodor Herzl Basel so toll fand. Er war aus Wien, er lebte in Paris, entschuldigen Sie, aber Basel stand nicht im Zentrum des Interesses, sondern es war einfach der Ort, an dem dieser Kongress durchgeführt werden konnte und wo die Geldgeber, die ihn unterstützten auch die Organisation stemmen konnten. In Wien oder in Paris zum Beispiel war es schlichtweg nicht möglich.

Der Zionismus war damals eine Randerscheinung, die Mehrheit der Jüdinnen und Juden fühlten sich als Schweizer, als Deutsche, als Franzosen, als Jemeniten und Marokkanerinnen und Amerikanerinnen. Es gab diesen Nationalismus noch nicht, es war eine Randerscheinung und eigentlich muss man sagen, es war Theodor Herzls Drama seines Lebens, dass nicht mehr Menschen an seine Idee glaubten, denn dann wären vielleicht mehr Menschen früher nach Israel gegangen oder damals gab es ja noch die Debatte um Uganda etc. So waren viele Menschen jüdischen Glaubens in Europa und fielen dann im Zweiten Weltkrieg dem Holocaust zum Opfer. Theodor Herzl muss deshalb auch aus seiner Zeit gelesen werden. Er muss gelesen werden als das, was er für Basel gebracht hat, warum er in Basel war und wofür er in Basel stand.

Ein Teil der Fraktion wird sich enthalten bei diesem Vorstoss, aus dem einfachen Grund, dass sie sich die Frage stellt, ob das Anbringen einer Plakette überhaupt ein Vorstoss ist. Die Frage danach, ob das jetzt der richtige Zeitpunkt ist, wurde schon angesprochen und die Frage vor allem, die im Zentrum steht, ob es eine Information oder eine Gedenktafel ist, stellen sich. Aus unserer Sicht müsste es vor allem eine Informationstafel sein, die natürlich jedem offensteht, zum Gedenken anzuregen, aber die Information bringt, im öffentlichen Raum ist. Und ich erlaube mir dann noch auf meinen Nachredner zu verweisen. Wir werden einen Vorstoss einreichen zur Erinnerungskultur im öffentlichen Raum, denn ich denke, hier gibt es wirklich noch Bedarf zur Optimierung. Die Mehrheit unserer Fraktion wird dem Vorstoss wahrscheinlich zustimmen, ein Teil wird sich enthalten.

Ich möchte noch ganz kurz etwas zum Vorstoss Furlano sagen, der später kommt. Wir finden, die Motionen Messerli und Weibel, die ja auch überwiesen worden sind, sollen bei der Bearbeitung dieses Vorstosses mitgedacht werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt noch eine Zwischenfrage von Eric Weber. Sie wird nicht angenommen. Damit hat Philip Karger das Wort.

Philip Karger (LDP): Eigentlich wollte Theodor Herzl den ersten Zionistenkongress in München abhalten, aber die dortigen Würdenträger und Rabbiner haben dies aus verschiedenen Gründen abgelehnt. Dann wollte er nach Zürich. Das passte vor allem den Delegierten aus dem Zarenreich nicht. Sie befürchteten vom dort ansässigen russischen Geheimdienst belästigt zu werden.

Der Herzl Vertraute und spätere SP-Nationalrat David Farbstein schlug daraufhin Basel als Austragungsort vor. Die Basler Regierung, viele Persönlichkeiten, der damalige Rabbiner von Basel und somit auch die jüdische Gemeinden stammen in dem Kongress positiv gegenüber. Sie alle wollten den Kongress hier in unserer humanitären Stadt. Die gute Verkehrsanbindung, das Angebot an Kongressinfrastruktur waren mit ein Grund dafür, dass der erste und weitere zehn Kongresse bis und mit dem Jubiläumskongress 2022 in Basel stattfanden.

Nach der Gründung Israels war dieser Jubiläumskongress der einzige, der nicht in Jerusalem stattfand. Angesichts des weltweit erstarkten Antisemitismus hatte Herzl die Idee, einen Kongress abzuhalten, der zur Gründung eines jüdischen Staates führen sollte. Auslöser für die Zunahme antisemitischer Vorfälle war damals der Dreyfus Prozess in Frankreich. Heute ist es die Reaktion Israels auf die brutalen Terroranschläge der Hamas gegen israelischen Bürger, die nie wirklich verurteilt wurden. Stattdessen sehen wir uns auch in der Schweiz mit antiisraelischer und antisemitischer Propaganda in den sozialen Medien, Schmierereien, Demonstrationen, Mahnwachen und Störungen friedlicher Feste konfrontiert. Leider lassen sich beispielsweise Radio und Fernsehen davon beeinflussen. Sie berichten nicht mehr neutral. Und doch ist gerade jetzt in dieser schwierigen Zeit eine Gedenktafel für Theodor Herzl mit seiner Idee, einen Staat für Juden zu gründen wichtig, insbesondere wenn man mit der Anbringung einer solchen Tafel ein Zeichen für Frieden und Versöhnung setzt.



An der Universität Basel findet derzeit eine öffentliche Ringvorlesung mit Podiumsdiskussionen zum Israel-Palästina-Konflikt statt, die als Friedensimpuls gesehen werden kann. Das ist ein gutes Beispiel, wie auch in Basel das gegenseitige Verständnis gefördert werden kann. Zusammen mit der Anbringung der Tafel wünsche ich mir, dass mehr solche Impulse, gerne auch aus der Politik, gesetzt werden. In diesem Sinne bitte ich Sie, auch im Namen der LDP, diesen Anzug anzunehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Der vorliegende Vorstoss hat bei unserer Fraktion einige Diskussionen ausgelöst. Dabei ging es um den Vorstoss selbst, aber auch um die Frage, wie Geschichte im öffentlichen Raum in Basel präsent ist und sichtbar gemacht werden sollte.

Der Anzugsteller hat nicht Unrecht, angesichts der historischen Bedeutung von Theodor Herzl und des zionistischen Kongress in Basel wäre es angebracht, im öffentlichen Raum darauf aufmerksam zu machen. Das sehen wir uns in der sozialdemokratischen Fraktion alle so. Der Sprechende stand selbst zuletzt vor einem Jahr mit Vertretern des israelischen Gewerkschaftsbundes Histadrut vor dem Stadtcasino und hat sich die Frage gestellt, wieso nirgends ein Hinweis auf Herzl und den Zionistenkongress zu sehen ist. Zudem erlauben die heutigen technischen Möglichkeiten mit QR-Codes und anderem auch mit relativ diskreten Mitteln viele Informationen zugänglich zu machen, die gerade auch der Kontextualisierung dienen.

Andererseits gibt es in den Basler Geschichten viele andere geschichtlich sehr bedeutende Ereignisse und Persönlichkeiten, auf die ebenfalls in keiner Art und Weise im öffentlichen Raum hingewiesen wird, weder zum Amerbach-Kabinett und damit die erste öffentliche Kunstsammlung der Welt, weder zum Konzil zu Basel 1431 bis 1449 und die hier erfolgte Papstwahl, weder zum Buchdruck, den Humanismus und Erasmus von Rotterdam, weder zu Johann Rudolf Wettstein und die Unabhängigkeit der Schweiz vom Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation, weder zum Basler Frieden vom 17. April 1795, weder zu den wichtigsten Innovationen der Industriegeschichte unseres Kantons, weder zum Friedenskongress im Basler Münster 1912 noch zur Lage Basels im Zweiten Weltkrieg und die Flüchtlingspolitik gibt es nach meinem Wissen Informations- und Gedenktafeln. Daher erscheint es vielen von uns als sehr selektiv, nur zu Theodor Herzl und den Zionistenkongressen eine Informations- und Gedenktafeln anzubringen.

Dafür gibt es umgekehrt auch Gedenktafeln, bei denen man sich heute fragt, wieso die eigentlich hängen, ob sie wirklich auf Ereignisse verweisen, die historisch so bedeutsam sind. Es braucht aus unserer Sicht ein Gesamtkonzept zum Thema Geschichte und Erinnerungskultur im öffentlichen Raum. Neben qualifizierten Historikerinnen und Archäologen sollte ein Team, das ein solches Konzept erarbeitet, durchaus auch technisch versierte Fachleute zu Themen wie Medialisierung und Digitalisierung sowie pädagogische und touristische Wertsetzungen umfassen. Daher haben wir uns entschlossen, einen weiteren Vorstoss einzureichen, der genau das fordert. Die Einberufung einer solchen Expertengruppe mit einem klaren, zeitlich beschränkten Auftrag. Darüber habe ich mich auch mit meinem Historikerkollegen Oliver Thommen unterhalten und wir werden einen solchen Vorstoss, getragen von unseren beiden Fraktionen, gemeinsam einreichen.

Der Vorstoss von Joël Thüring hat aber auch aus anderen Gründen für Diskussionen bei uns gesorgt. Es stellt sich natürlich die Frage, ob es angesichts der anhaltenden Kriegsereignisse und Menschenrechtsverletzungen im Gazastreifen der richtige Zeitpunkt ist, um durch Beschlüsse demonstrativ die historische Verbundenheit unseres Stadtkantons mit der Entstehung des Staates Israel zu betonen. Die Meinung zum Vorstoss von Joël Thüring waren und sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht einheitlich. Viele von uns werden sich enthalten. Diese Enthaltung sollte aber nicht als ein Wegducken verstanden werden. Wir haben sowohl historisch als auch zu den aktuellen Geschehnissen im Nahen Osten eine klare Haltung. Selbstverständlich stehen wir zum Existenzrecht des Staates Israel in den Grenzen von 1967 und anerkennen das Recht Israels auf Selbstverteidigung. Selbstverständlich sind für uns Menschenrechte unteilbar, sie gelten auch für die palästinensische Bevölkerung. Ebenso hat diese ein Selbstbestimmungsrecht. Die furchtbaren Verbrechen der Hamas rechtfertigen nicht das Ausmass der Zerstörung und die Anzahl der Toten im Gazastreifen.

Theodor Herzl ist nicht für die Handlungen der Regierung Netanjahu verantwortlich und verdient auf jeden Fall eine Informations- und Gedenktafel. Wir plädieren dafür, mit dem zionistischen Erbe unserer Stadt so umzugehen, dass wird zu diesem stehen aber es auch als Auftrag verstehen, im Rahmen unserer bescheidenen Möglichkeiten den Dialog und die gegenseitige Verständigung zu fördern. Wir stehen jedem Versuch der politischen Instrumentalisierung im Nahostkonflikt und jedem Versuch der Instrumentalisierung des Nahostkonflikts zu innenpolitischen Zwecken sehr skeptisch gegenüber.

Tim Cuénod (SP): Im Sinne der besten humanitären Tradition unseres Landes sollte unser Basler und Schweizer Standpunkt auf der Seite der Verteidigung und Wahrung des Völkerrechts und der Menschenrechte liegen.



Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist Thomas Widmer-Huber.

Thomas Widmer-Huber (Mitte-EVP): Ich bin erstaunt, dass der Anzug bestritten wird und ich halte jetzt für die Mitte/EVP-Fraktion ein spontanes Votum. Wir unterstützen das Anliegen, eine Gedenk- oder Informationstafel zur Gründung des Judenstaates zu errichten. Wie das genau aussieht, ist offen. Es geht uns um eine historische Gedenk- oder Infotafel, unabhängig von der Politik der aktuellen Regierung in Israel.

Wenn ich künftig mit Freunden aus Israel durch Basel spaziere, freue ich mich über die neue Gedenk- oder Infotafel. Ich schaue jetzt in die Zukunft. Ich denke etwa an die jüdische Gastfamilie, wo meine Frau und ich am 7. Oktober 2023 waren. Meine Freunde äussern sich kritisch zur aktuellen Regierung, aber unabhängig davon, Basel war bedeutungsvoll für die Gründung von Israel.

Die Mitte/EVP-Fraktion bittet Sie, den Anzug zu unterstützen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Für ein zweites Votum gemeldet hat sich Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte einordnen, was meine Vorredner gesagt haben. Ich möchte auch eine persönliche Erklärung abgeben. Endlich wird diskutiert. Oliver Bolliger hat sehr gut geredet zur Weltlage. Auch ich habe im Gymnasium gelernt in Basel. Es muss eine Zwei-Staaten-Lösung geben. Endlich gibt es eine Diskussion. Das freut mich.

Aber jetzt komme ich zu Oliver Thommen. Ich weiss nicht, Oliver Thommen hat mich angesprochen. Ich habe nur gesagt, was stimmt. Ich bin froh, dass ich lebe. Ich bin froh, dass ich hier bin und ich kann Ihnen den Stammbaum meiner deutschen Familie zeigen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das hat mit dieser Tafel nichts zu tun. Das ist ein Ordnungsruf.

Eric Weber (Fraktionslos): Es hat nichts mit Antisemitismus zu tun, den man mir scheinbar vorgeworfen hat, wenn ich sage, ich habe jüdischen Vorfahren und ich kann das beweisen. Ich möchte nur ein Beispiel bringen, dann bin ich fertig. Anne Frank hat sich versteckt im Haus und meine Grossmutter hat den Stammbaum gefälscht. Das ist die Wahrheit, ich kann Ihnen das zeigen.

Oliver Thommen, sagen Sie mir bitte konkret, was Sie mir vorwerfen, nennen Sie Ross und Reiter, aber kommen Sie nicht mit Vorwürfen, die nicht stimmen. Tim Cuéond hat gut gesprochen. Sie haben richtig erwähnt das Konzil von Basel, der Papst wurde in Basel gewählt. Aber Sie haben vergessen, dass der russische Zar vor 200 Jahren in Basel gelebt hat. Sein Schlafzimmer ist jetzt das Zimmer von Regierungsrat Kaspar Sutter. Tim Cuénod, ich danke Ihnen für Ihre schöne Rede. Sie haben richtig gesagt, wir brauchen ein Gesamtkonzept. Es braucht eine Expertengruppen, sehr gut, ich unterstütze den Anzug, den Sie erwähnt haben. Sie haben auch richtig den Gazastreifen erwähnt. Ich schaue jeden Tag die Schweizer Tagesschau um 19 Uhr 30, und dann sehe ich, was im Gazastreifen passiert, und ich kann einfach nicht mehr verstehen, wie die Menschen leiden. Tim Cuénod, Sie haben gesagt, man müsse sich enthalten, aber das birgt die grosse Gefahr, dass dieser Anzug durchkommt. Ich möchte bitten, wie Eric Weber Nein zu stimmen bei diesem Anzug. Wenn es jetzt zu viele Enthaltungen gibt, wird der Anzug angenommen. Und darüber werden Sie sich noch in zehn Jahren ärgern.

Ich möchte einfach sagen, bleiben Sie sachlich und hören Sie auf mit irgendwelchen Vorwürfen. Ich bin froh, dass ich im Gymnasium war, ich bin froh, dass ich dort über die Zwei-Staaten-Lösung gelernt habe.

Eric Weber (Fraktionslos): Und was ich in Basel in der Schule gelernt habe, darf ich da sagen, und wir haben ja nachher einen Anzug, der ja auch schon von den Vorrednern angesprochen worden ist. Auch dort gibt es spannende Sachen zu sagen. Es ist halt so, Europa wird muslimisch. Ich decke mich damit ab.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber, es reicht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist David Jenny.



David Jenny (FDP): Die FDP-Fraktion unterstützt diesen Anzug. Ich spreche eigentlich nur, weil ich eigentlich eine Zwischenfrage an Tim Cuénod stellen wollte, aber die wäre wahrscheinlich zu lange ausgefallen, zumindest nach meinen Massstäben. Er hat ja hier ein Gesamtkonzept für das Anbringen aller möglichen Tafeln gefordert. Das ist meines Erachtens denkbar, aber es ist doch nur eine Schubladisierung oder Aufhängung dieses Anzuges.

Ich darf daran erinnern, wir haben immer wieder solche Einzelvorstösse behandelt. Wir haben eine Gedenktafel für die Opfer der Hexenverfolgung diskutiert, wahrscheinlich am historisch falschen Ort am Käppelijoch, es war ein Vorstoss von Brigitta Gerber. Ich glaube, dort hat man verschiedene Argumente gehabt, aber auch dort hätte man von einem Gesamtkonzept reden können.

Das Konzil im Haus zur Mücke ist glaube ich allgemein bekannt. Ich glaube, es steht auch etwas ganz Kleines dazu, will es aber nicht nachprüfen. Ich glaube, es mag Argumente gegen die Überweisung dieses Anzuges geben, aber das Argument Gesamtkonzept geht für mich nicht auf. Dann soll man doch ehrlich sagen, jetzt, zu diesem Zeitpunkt, wollen wir diesen Vorstoss nicht. Aber ich glaube, er ist wirklich sehr zurückhaltend und offen formuliert und macht auf die Historie aufmerksam. Und ich glaube, am genauen Text einer solchen Plakette wird noch gefeilt werden, das wird auch nicht von heute auf morgen kommen. Ich hoffe, dass, wenn die endgültige Redaktion dieser Plakette erfolgen wird, sich die Zeiten auch wieder etwas beruhigt haben im Konfliktgebiet. Das hoffen wir alle und in diesem Sinne bitte ich Sie um Überweisung dieses Anzugs.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nun hat der Anzugsteller Joël Thüring das Wort.

Joël Thüring (SVP): Vielen Dank für die Diskussion, bei der es ja mehrheitlich gar nicht um die Gedenktafel ging, sondern mehr um einen aktuellen Konflikt und um die Historie dieses aktuellen Konflikts. Ich greife diesen Konflikt in meinem Vorstoss nicht auf und es geht auch nicht um diesen Konflikt. Man kann eine Gedenktafel zu einem historischen Ereignis auch nicht aus meiner Sicht mit einem aktuellen Konflikt verknüpfen. Das wäre gefährlich, denn dann müssten wir wahrscheinlich ganz viele Gedenktafeln, Erinnerungen überall auf der Welt abhängen, weil es immer wieder in einer aktuellen Situation zu einer Kontroverse kommen kann, die eine Gedenktafel oder eine Erinnerungsstätte vielleicht in einen anderen Kontext stellen würde.

Der Vorstoss verlangt konkret nur etwas. Er fordert, dass an die Gründung des Judenstaates im Stadtcasino, von Theodor Herzl erinnert und an dieses Ereignis gedacht wird. Und ich glaube, das ist eine relativ einfache Forderung. Ich schliesse mich da David Jenny an. Ich glaube nicht, dass es für diese Forderung nun, um sie vielleicht nicht heute überweisen zu müssen, eine Expertengruppe braucht, die sich lang und breit darüber Gedanken macht, wo man sonst noch überall in Basel eine Erinnerungskultur etablieren kann. Das soll man machen können. Ich verweigere mich dem nicht, aber das hat mit diesem konkreten Anliegen dieser Gedenkhafen sehr wenig zu tun. Es ist in der Vergangenheit tatsächlich so gewesen, Oliver Thommen, dass wir in diesem hohen Hause auch schon an anderer Stelle Gedenktafeln beschlossen haben. Ihre damalige Fraktionskollegin, Brigitta Gerber, hat ja auch mit ihrem Vorstoss auch die Gedenktafel beim Käppelijoch zur Hexenverfolgung lanciert. Wir haben diese in diesem Hause mehrfach besprochen. Wir haben auch hier unten im Rathaus eine Gedenktafel für die Verdingkinder errichtet. Auch das war möglich. Und ich stolpere jetzt schon ein wenig über diesen Widerstand, weshalb wir ausgerechnet eine Gedenktafel für Theodor Herzl beim Stadtcasino nicht haben möchten, eine historische Achterbahnfahrt machen und dann auch noch auf aktuelle Konflikte hinweisen. Ich finde das aus meiner Sicht für den Vorstoss und für die Idee eigentlich nicht sehr zielführend. Es ist einfach so, ob einem das gefällt oder nicht, dieses Ereignis ist für sehr viele Menschen ein bedeutendes Ereignis. Ich wurde angesprochen von Touristinnen und Touristen, die mir gesagt haben, ja, jetzt hattet ihr ja erst gerade kürzlich auch noch den Zionistenkongress. Es wurde erinnert an die Gründung des Judenstaates in Basel, und wenn wir aber auf diesem Platz, auf dem Barfüsserplatz stehen, der ja auch sonst vielleicht gestalterisch Potenzial hat für die Zukunft, dann liest man davon aber nichts. Und das finde ich meinen solchen historisch doch relevanten Weltereignis durchaus speziell, und darauf hinzuweisen und es vielleicht auch mit einer entsprechenden ergänzenden Information in einen Kontext zu stellen, das finde ich, sind wir doch auch unserer Stadt schuldig. Das sind wir auch den Touristinnen und Touristen schuldig, dass wir daran erinnern. Wir haben eine Erinnerungskultur, ja Tim Cuénod, die wandelt sich, die wandelt sich überall auf der Welt auch immer wieder. Wir sind hier in einem laufenden Prozess, ganz generell. Das ist auch gut so, das ist auch richtig so und ich glaube, für dieses spezifische Ereignis ist es sinnvoll und gerechtfertigt, dass wir dies nun an die Hand nehmen, dem Regierungsrat den Auftrag übermitteln. Wie David Jenny gesagt hat, wird das nicht gleich morgen schon geschehen. Ich würde mich freuen, wenn es nicht allzu lange geht. Der ESC hat ja nun gezeigt, wie schnell die Verwaltung sein kann, wenn es um etwas ganz Tolles geht. Ich wünsche mir diesen Speed auch bei anderen Dingen nun, und vielleicht lässt sich das hier doch auch sehr rasch umsetzen, so dass wir vielleicht schon beim 130 Jahre Jubiläum dann vielleicht schon so weit sind. Ich hoffe nicht, dass es das 150 Jahre Jubiläum dafür benötigt.



Ich bitte Sie aber nun, diesen Anzug an den Regierungsrat zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es gibt zwei Zwischenfragen von Eric Weber, Brigitta Gerber und Tim Cuénod. Sie werden entgegengenommen.

Eric Weber (Fraktionslos): Joël Thüring, Sie wissen, ich finde Sie sehr sympathisch. Sind Sie mir jetzt böse, dass ich für Palästina bin?

Joël Thüring (SVP): Die Annahme einer Zwischenfrage bedeutet nicht, dass ich sie beantworten muss. Sie können diese Antwort jetzt interpretieren, wie Sie möchten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die nächste Zwischenfrage stellt Brigitta Gerber.

Brigitta Gerber (BastA): Ich möchte eigentlich nur berichtigen, die Gedenktafel ist nicht nur auf Hexen ausgerichtet, sondern es steht klar und deutlich, heute ist dies ein Ort, der uns ermahnt, anderen Menschen ohne Vorurteile zu begegnen und sie nicht auszugrenzen. Haben Sie dies gewusst?

Joël Thüring (SVP): Ja, das habe ich gewusst. Ich habe vielleicht das Wort unter anderem Hexen vergessen zu erwähnen, aber es ist klar, was Sie mit Ihrem Vorstoss damals gemeint haben, ich war im Grossen Rat.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die nächste Zwischenfrage stellt Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Da Sie vorher die historische Bedeutung von Herzl betont und die Wichtigkeit des Gedenkens betont haben, möchte ich wissen, ob Sie mir sagen können, inwiefern die Dreyfusaffäre Herzl direkt bewegt hat, diesen Kongress zu organisieren?

Joël Thüring (SVP): Ich kann Ihnen sagen, dass wenn wir eine Gedenktafel beim Stadtcasino installieren, wir alle diese historischen Elemente berücksichtigen können. Und darum geht es mir. Es geht mir nicht um einzelne Ereignisse hier und heute.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sasha Mazzotti möchte auch noch eine Zwischenfrage stellen. Sie wird angenommen.

Sasha Mazzotti (SP): Ideen, die man der Regierung mitgeben möchte, könnte man auch über eine schriftliche Anfrage einreichen. Warum haben Sie auf dieses Instrument verzichtet?

Joël Thüring (SVP): Weil ich schon mehr als nur eine Frage stellen möchte. Ich möchte konkret eine Herzl Gedenktafel und deshalb ist der Anzug aus meiner Sicht der richtige Weg, so wie es auch Ihre Fraktion immer wieder bei ganz vielen anderen Dingen auch tut.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen hiermit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst die Überweisung des Anzugs, NEIN heisst Nichtüberweisung



Ergebnis der Abstimmung

55 Ja, 10 Nein, 27 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006569, 21.05.25 10:27:51]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 55 Stimmen gegen 10 Stimmen bei 27 Enthaltungen.

16. Anzug 2 Oliver Bolliger und Konsorten betreffend einer zukunftsfähigen und nachhaltigen subjektbezogenen Finanzierung der Transportkosten in der Behindertenhilfe

[21.05.25 10:28:07, 25.5143.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Eric Weber möchte das bestreiten.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich möchte bestreiten und kurz sagen, warum. Das Anliegen ist korrekt. Der Präsident hat es noch nicht gesagt, wenn wir jetzt so schnell weitermachen, gibt es keine Nachmittagssitzung. Aber ich möchte eine Nachmittagssitzung.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber, das ist der zweite Ordnungsruf. Bitte strapazieren Sie meine Nerven nicht. Oliver Bolliger hat das Wort.

Oliver Bolliger (BastA): Ich danke allen Fraktionen, dass sie diesen Anzug unterstützt haben und der Regierung, dass sie ihn entgegennehmen will.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisen, NEIN heisst nicht überweisen

Ergebnis der Abstimmung

84 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006572, 21.05.25 10:29:42]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 84 Stimmen gegen eine Stimme.



17. Anzug 3 Raoul I. Furlano und Konsorten betreffend Schaffung einer Task-Force zur Bekämpfung von Antisemitismus

[21.05.25 10:29:57, 25.5147.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

18. Anzug 4 Remo Gallacchi und Konsorten betreffend Regelung der Bespielungspläne

[21.05.25 10:30:12, 25.5148.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Möchte die Regierung begründen? Das Wort hat Regierungsrätin Esther Keler.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Bei der öffentlichen Nutzung ist eine Gleichbehandlung wichtig. Und wenn eine Nutzung dort nicht stattfinden kann wegen einer anderen öffentlichen Nutzung, dann ist die erste Nutzung eben nicht entschädigungsberechtigt. Gerade bei den Fähren steht das auch in der Konzession, dass sie das dulden müssen und dass dann eben keine Entschädigung möglich ist. Ich denke auch, dass dann die Gebühren auf die Events überwälzt würden, und auch das halte ich gerade aufgrund der angespannten finanziellen Situationen von vielen Sport- und anderen Events eher für schwierig.

Der Regierungsrat bittet Sie deshalb, den Anzug nicht zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Jo Vergeat hat sich gemeldet.

Jo Vergeat (GRÜNE/jgb): Nur ganz kurz: Wir haben uns entschieden, trotz Bedenken den Anzug zu unterstützen, aber mit dem Wunsch, dass eine Lösung geprüft werden könnte, die das nicht auf die Veranstaltenden überwälzt. Deswegen tragen wir das mit in der Hoffnung, dass wir entsprechende Antworten bekommen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Es haben sich keine Sprechenden mehr eingetragen. Somit hat der Anzugsteller Remo Gallacchi das Wort.

Remo Gallacchi (Mitte-EVP): Vorab ein paar Informationen, ich bin Statthalter des Fähri-Vereins. Der Fähri-Verein ist nicht Besitzer der Fähren. Der Verein ist auch nicht zuständig für Betrieb und Unterhalt. Der Verein beschafft eigentlich nur Geld, das er der Fähri-Stiftung übergibt. Die Stiftung ist eigentlich Besitzer und zuständig für Betrieb und Unterhalt. Die Fähren gehören auch nicht dem Kanton. Sie werden auch nicht subventioniert. Also es ist quasi ein privatwirtschaftliches Unternehmen, obwohl man sich die Fähren aus dem Stadtbild nicht wegdenken könnte und sich nicht vorstellen könnte, dass diese jemals abgeschafft würden.

Bei den Fähren gibt es eine spezielle Situation. Regierungsrätin Esther Keller hat gesagt, dass wenn eine Nutzung eine andere Nutzung nicht möglich macht, dann ist das nicht entschädigungswürdig. Bei den Fähren ist das etwas Spezielles. Wenn Sie Baustellen haben, ist sowohl der Zugang zu privaten Häusern und zu den Geschäften immer möglich. Es gibt nach meiner Ansicht keine Nutzung, die eine andere quasi verhindert, wenn es um Geschäfte geht. Ich glaube nicht, dass der Barfüsserplatz irgendwie genutzt wird und dann heisst es, die Beizen dort müssten dichtmachen. Das kommt nicht vor. Es ist wirklich eine ganz spezielle Situation. Die Fähren bekommen quasi den Hinweis, dass der Rhein gesperrt wird und somit können sie ihr Geschäft nicht mehr ausführen. Es wird dann quasi ein Arbeits- respektive Geschäftsausübungsverbot ausgesprochen. Die Fähren haben nicht die Möglichkeit, diesen Einnahmenverlust zu kompensieren. Sie können die Kosten



nicht auf die Kunden abwälzen, weil die Fahrpreise gegeben sind. Andere Nutzer wie die Personenschiffahrtsgesellschaft können natürlich eine Gesamtrechnung machen über das ganze Jahr und die Preise auf die Kunden abwälzen. Bei der Personenschiffahrtsgesellschaft haben die Angestellten immer ihren Lohn, ob sie fahren oder nicht. Bei den Fähren ist es anders. Wenn sie nicht fahren, haben sie keine Einkünfte, die sie für ihren Lebensunterhalt brauchen.

Es ist eine spezielle Situation, ob man das dann quasi über Gebühren macht und die auf die Bewilligungsnehmer überwälzt, darüber kann man sich streiten. Es sind ja auch meistens Vereine, die gemeinnützig sind, ob man das dann denen aufbrummt, das sei einmal dahingestellt. Die andere Möglichkeit wäre, dass der Kanton als Verursacher, indem er sagt, dass das Geschäft nicht ausgeübt werden darf, diese Kosten übernimmt. Das passiert vielleicht vier bis fünf Mal pro Jahr, für einige Stunden. Dieser Betrag ist eigentlich nicht diskussionswürdig. Deshalb habe ich auch einen Anzug gemacht, damit der Regierungsrat zwei Jahre Zeit hat sich zu überlegen, welche Möglichkeiten es gibt, diese Fähren zu entschädigen. Hinsichtlich des Resultats bin ich offen. Deshalb bitte ich Sie, den Anzug zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst die Überweisung des Anzugs, NEIN heisst nicht überweisen

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 42 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006575, 21.05.25 10:37:06]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 49 gegen 42 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

19. Anzug 5 Claudio Miozzari und Konsorten betreffend aktive Sammlungspflege der Museen

[21.05.25 10:37:22, 25.5149.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegennehmen. Dies wird bestritten von Joël Thüning.

Joël Thüning (SVP): Ich bitte Sie im Namen meiner Fraktion, diesen Vorstoss nicht an den Regierungsrat zu überweisen. Das Anliegen von Claudio Miozzari halten wir grundsätzlich für sehr richtig. Wir gehen aber auch davon aus, dass eine aktive Sammlungspflege heute schon Teil der Aufgabe und der Arbeit eines Museums ist. Es gibt Sammlungskonzepte. Das wird ja auch im Vorstoss von Claudio Miozzari erwähnt. Wir gehen davon aus, dass diese in den Museen gelebt wird.

Wir könnten uns trotzdem damit einverstanden erklären, diesen Vorstoss an den Regierungsrat zu überweisen, haben aber einen ganz spezifischen Grund, weshalb wir das für den jetzigen Moment für nicht zielgerichtet erachten, weil die fünf staatlichen Museen momentan sehr stark ausgelastet sind mit der Provenienzforschung. Diese Aufgabe, das wissen die Mitglieder der Bildungs- und Kulturkommission, aber auch Sie im Grossen Rat, ist auch letztlich aufgrund von Forderungen des Parlamentes lanciert worden. Diese Provenienzforschung ist für die Museen eine grosse Arbeit, eine grosse Herausforderung und bindet auch entsprechend Mittel, nicht nur finanzielle Mittel, sondern auch personelle Ressourcen, und diese nun noch zusätzlich mit Arbeiten oder Aufgaben zu «belasten» halten wir für den falschen Weg. Wir würden uns



wirklich sehr darüber freuen, wenn sich die Museen nun in dieser Phase auf diese Provenienzforschung konzentrieren könnten.

Wir haben gleichzeitig die Situation, dass die Museen ab 2026 in ein neues System des Globalbudgets überführt werden. Auch das wird die Museen in den ersten Jahren stark beschäftigen. Das wird sie belasten und den Museen nun weitere zusätzliche Aufgaben zu übertragen, halten wir jetzt einfach nicht für richtig. Deshalb bitten wir Sie, diesen Anzug nicht an den Regierungsrat zu überweisen.

Selbstverständlich teilen wir aber das Anliegen des Anzugstellenden, und wir erwarten, dass die Museen eine vernünftige, aktive Sammlungspflege leben und auch in diesem Kontext schauen, wie sie ihren Bestand allenfalls erweitern, verändern, verkleinern, was auch immer. Das ist uns ein wichtiges Anliegen, adressiert an die Regierung, an den Vorsteher des Präsidialdepartements. Darüber hinaus aber diesen Anzug jetzt zu überweisen, erachten wir für nicht zielführend, weil wie gesagt der Aufwand bei den Museen heute schon ausserordentlich hoch ist.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Sprecher ist David Jenny.

David Jenny (FDP): Ich glaube, Joël Thüring hat etwas nicht ganz an der Intention dieses Anzuges verstanden. Es geht nicht darum, die Museen zusätzlich zu belasten, sondern eher zu entlasten von gewissen Sammlungsstücken. Aufgrund der heutigen gesetzlichen Lage sind Sammlungen grundsätzlich unveräusserlich und die Ausnahmen sind ganz eng umschrieben. Hier sind ein paar Beispiele genannt, bei denen es sinnvoll sein könnte, dass man sich von Sammlungsstücken trennen kann. Das braucht unter Umständen eine Änderung vielleicht sogar des Gesetzes, aber sicher der Verordnung. Aber ich glaube, dann wird den Museen einiges leichter gemacht und in diesem Sinne sollte dieser Vorstoss überwiesen werden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Damit hat der Anzugsteller Claudio Miozzari das Wort.

Claudio Miozzari (SP): Die staatlichen Museen pflegen Sammlungsgegenstände in ihren Dateien und teilweise auch in ihren Archiven, die seit Jahrzehnten verschollen sind, die schlicht zerfallen sind, die in Kirchen oder offiziellen Gebäuden in anderen Kantonen verbaut sind und entsprechend da besser aufgehoben sind, ganz offensichtlich, oder die dutzendfach vorhanden sind. Das kostet viel Platz, generiert Aufwand, kostet Geld, das verpufft, ohne dem wirklichen Zweck der Sammlung zu entsprechen.

Professionell sammeln heisst auch, Sachen nicht zu sammeln und das heisst auch, Sammlungen ganz vorsichtig zu überprüfen. Und wir sind wirklich sehr vorsichtig im Kanton Basel-Stadt. Das Museumsgesetz setzt massiv hohe Hürden. Um einen Sammlungsgegenstand aus der Sammlung auszuschneiden, auch wenn es ihn nicht mehr gibt, braucht es einen Kommissionsbeschluss des Museums. Es braucht einen Beschluss des Rektorats der Universität und dann braucht es auch noch einen Regierungsratsbeschluss. Wir haben massiv hohe Hürdengesetz, was dazu führt, dass man diese Entsammlungen oder diese Streichungen aus den Datenbanken eher nicht wahrnimmt, weil es ein grosser administrativer Aufwand ist.

Entsprechend sinnvoll scheint mir, diese Aufgabe noch mit einem Programm zu verknüpfen, das hier gefordert wird, dass man das wirklich jetzt einmal durchspielt. Und ich erlaube mir auch zu sagen, dass das relativ gut zusammenpasst, auch mit der Provenienzforschung. Wenn man die Sammlung ansieht und über gewisse Sammlungsbestände auch Nachforschungen unternimmt, dann stösst man immer wieder auf Sachen, die gar nicht mehr da sind, und dann kann man die gleich ausscheiden. Wir haben auch für die Provenienzforschung massiv viel Geld gesprochen. Das Geld für die Provenienzforschung wäre da und es soll nicht zu Lasten der anderen Aufgaben gehen. Was ist ein braver Vorstoss, ich bitte Sie, ihn zu überweisen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen damit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst die Überweisung, Nein heisst Nichtüberweisung.



Ergebnis der Abstimmung

79 Ja, 11 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006577, 21.05.25 10:44:49]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 79 gegen 11 Stimmen.

20. Anzug 6 Sandra Bothe und Konsorten betreffend Sofortmassnahmen zum Gesundheitsschutz an Schulen vor Hitzebelastung

[21.05.25 10:45:01, 25.5150.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Ich habe keine Wortmeldungen eingetragen. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

21. Anzug 7 Eric Weber betreffend Mittelstand stärken, Wettbewerb fördern

[21.05.25 10:45:22, 25.5151.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Eric Weber hat sich als Sprecher eingetragen.

Eric Weber (Fraktionslos): Der Anzug ist eigentlich sehr aktuell. Wir haben ja jetzt am Wochenende abgestimmt über die Standortförderung und das ist jetzt ein Zufall, dass der Anzug gerade jetzt kommt. Aber trotzdem, fast 40 Prozent haben Nein gesagt und auch ich habe Nein gesagt. Die SP war gespalten.

Ich finde die Drohung nicht nett von gewissen Firmen, dass sie wegziehen würden, wenn sie keine Unterstützung und kein Geld bekommen. Da muss ich sagen, wir weinen ihnen keine Tränen nach. Jetzt ist ja auch die Firma Straumann von Basel-Stadt nach Basel-Landschaft gezogen. Darum habe ich den Anzug gemacht, weil der Mittelstand eigentlich vernachlässigt wird.

Seien wir ehrlich, wer regiert uns? Ich sage, wir werden von der UBS, der Roche und von Novartis regiert. Und ich möchte das nicht. Ich werde irgendwie wie ein Linker, weil ich die grossen Firmen nicht akzeptiere und nicht toll finde, was die da in Basel mit uns machen. Darum habe ich den Anzug gemacht für den Mittelstand, für die kleinen Firmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst die Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.



Ergebnis der Abstimmung

2 Ja, 73 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006580, 21.05.25 10:48:37]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 73 gegen 2 Stimmen.

22. Anzug 8 Eric Weber betreffend Bürokratieabbau

[21.05.25 10:48:52, 25.5152.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist nicht bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Das Wort hat Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Das betrifft auch Sie. Wir haben hier viele Kleinunternehmer im Parlament. Es ist einfach für viele Leute zu kompliziert worden, mit den hohen Steuern und mit dem Papierkram, eine Firma zu gründen in Basel. Ich stelle fest, wir haben in Basel nur noch Global Players, auf Deutsch Firmen, die weltweit herkommen und uns hier irgendwie etwas aufsetzen, das wir nicht wollen. Und das muss zu denken geben.

Viele stecken den Kopf in den Sand wegen dieser Bürokratie. Ich weiss, ich habe auch jetzt mit dem Anzug keine Chance, weil ich von der falschen Partei bin. Aber ich würde mich trotzdem freuen, wenn vielleicht zwei Leute meinem Anzug eine Stimme geben, denn ich schreibe ja hier, die Basler Wirtschaft leidet unter einer-Rekord-Bürokratie. Viele Leute sagen mir, sie würden keine Firma mehr gründen, sie hätten nur Sorgen und Ärger mit den Angestellten, mit den Steuern. Und es ist halt ein Problem. Deswegen habe ich den Anzug eingereicht.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst die Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

0 Ja, 69 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006582, 21.05.25 10:51:54]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug nicht zu überweisen

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug nicht überwiesen mit 69 Stimmen ohne Gegenstimme.



23. Motion Aeneas Wanner und Konsorten betreffend Durchsetzung von Geschwindigkeitsbegrenzungen Tempo 30 im Bereich von Schulhäusern und Kindergärten, Bericht des RR

[21.05.25 10:52:46, 17.5144.06]

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Wort hat die Barbara Heer für die SP-Fraktion.

Barbara Heer (SP): Im Namen der SP-Fraktion bitte ich Sie, diese zwei Motionen stehen zu lassen mit dem Auftrag an die Regierung, die bestehenden Motionsaufträge umzusetzen, dann auch zusammen mit der Motion Tonja Zürcher und Konsorten betreffend Schulwegsicherheit rasch und konkret umsetzen, die wir ja im April der Regierung zum zweiten Mal als Motion überwiesen haben.

Im Rahmen der acht respektive sechs Jahren wurde eine Schwachstellenanalyse gemacht zur Schulwegsicherheit mit Einbezug von Eltern und Kindern wurde ein Umsetzungskonzept gemacht und dann auch in einem Gesamtpaket konkretisiert verschiedene Massnahmen umgesetzt, insbesondere jene, die als prioritär eingestuft worden sind.

Aus unserer Sicht sind die Grundaufträge der Motion aber bei weitem noch nicht umgesetzt. Es gibt immer noch sehr grossen Verbesserungsbedarf rund um Kindergärten und Schulwege. Insbesondere ist zum Beispiel bei Kindergärten überhaupt nicht erkennbar mit grosszügigen Markierungen, dass hier Kindergärten sind, und aus diesem Grund scheint es uns nicht angebracht, diese zwei Motionen abzuschreiben. Der politische Auftrag muss hier weiterhin mit Nachdruck bestehen bleiben. Aus unserer Sicht geht die Verbesserung der Schulwegsicherheit viel zu langsam vorwärts. Die Verwaltung ist aus unserer Sicht zudem auch ein Stückweit im Blindflug. Die einzigen Statistiken, die wir haben, sind die Unfallstatistiken. Wie aber tatsächlich auch die subjektive Schulwegsicherheit aus Sicht der Eltern und der Kinder sich verbessert, wie die Massnahmen Auswirkungen auf die tatsächliche selbstständige Mobilität der Kinder in der Stadt hat, dazu haben wir keine Daten.

Die Motionsbeantwortung beruht auf einer Analyse von 2020/2021, es hat sich bereits wieder sehr viel verändert in der Stadt, auch Baustellen können eine Situation sehr schnell und sehr stark verschlechtern, wie zum Beispiel im Bereich der Bäumlihofstrasse auch über Jahre hinweg. Also Orte, die einmal mit mittlerer Priorität eingestuft worden sind, können innert kürzester Zeit eigentlich die Kriterien erfüllen, um mit höchster Priorität angegangen zu werden.

Wir bedanken uns und anerkennen auch, dass jetzt doch bei 70 Örtlichkeiten mit hoher Priorität vieles angegangen ist. Wir beobachten aber auch, dass es durchaus bei den Örtlichkeiten mit mittlerer Priorität 67 gibt, bei denen die Polizei zum Schluss gekommen ist, hier gebe es kein objektives Problem und wo keine Massnahmen getroffen worden sind. Und auch bei Örtlichkeiten mit tiefer Priorität ging man einfach generell davon aus, dass hier gar kein Gefährdungsrisiko bestehe, dabei können aber auch in einer verkehrsberuhigten Strasse und auch in einer schwach befahrenen Strasse zum Beispiel wegen Falschparkierung oder wegen Baustellen und so weiter hohe Risiken bestehen.

Uns fehlt auch ein Stückweit Transparenz, welche diese Örtlichkeiten denn jetzt eigentlich sind. Es gibt weiterhin viel zu viele Orte in der Stadt, die von Eltern und Kindern als gefährlich betrachtet werden und dazu eben führen, dass die Mobilität der Kinder in der Stadt eingeschränkt ist. Dabei geht es viel auch um kostengünstige Massnahmen, die sind ja auch zum Teil bereits gemacht worden, könnten aber noch viel mehr gemacht werden, wie eben angepasste Markierungen im Bereich von Strassenverzweigungen, Fussgängerstreifen oder Trottoir zur Verbesserung der Anhaltesichtweiten. Deshalb nein können wir die Motion nicht abschreiben. Aus unserer Sicht bräuchte die Verwaltung dringend mehr Daten. Es braucht regelmässige Befragungen von Schülerinnen und Schülern, wie es Ihnen mit der Verkehrssicherheit geht und es braucht auch eine viel stärkere Einbeziehung von Kindern in die Verkehrsplanung, damit diese Interessen einfach schon viel früher berücksichtigt werden.

Dann noch eine grundlegende Bemerkung: Wenn wir es nicht schaffen, unsere Strassen zu einem sicheren Ort für Kinder zu machen, wie unsicher sind sie dann erst für Menschen mit einer Behinderung, zum Beispiel mit einer starken Sehbeeinträchtigung oder für ältere Menschen, deren Mobilität eingeschränkt ist. Wenn wir unsere Strassen also auf Schulwegsicherheit ausrichten, schaffen wir nicht nur mehr Lebensqualität für Kinder und Familien, sondern generell eine inklusive Stadt.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin ist Brigitta Gerber.



Brigitta Gerber (BastA): Die Fraktion BastA beantragt Ihnen, die beiden vorliegenden Motionen stehen zu lassen. Wie die Regierung schlussfolgert, sind die Massnahmen erst weitgehend entschärft und werden noch bis 2026 umgesetzt. Bis dahin wollen wir noch warten und das Geschäft nicht als erfüllt abschreiben, wie das im Text steht.

Die Motionen können mit derjenigen von Tonja Zürcher zusammengefasst werden, das scheint uns richtig. Inhaltlich scheint uns nebst den vielen Argumenten, den guten Argumenten von meiner Vorrednerin Barbara Heer, vor allem auch der Punkt der sich rasch verändernden Verkehrsführung wegen der äusserst regen Bautätigkeit des Kantons nicht genügend berücksichtigt. Ich erinnere an die Fachstudie des Kinderbüros, die genau aufzeigte, wie zum Beispiel Kinder nicht genügend über Umwege informiert werden, weil die Schilder einfach zu hoch angebracht sind. Dies ist weiterhin so. Ich beobachte das täglich und ich möchte, dass Sie auch das Argument, wie es in der regierungsrätlichen Antwort ausgeführt wird, mehr in Ihren Fokus nehmen. Wir plädieren deshalb für Stehenlassen und Vorwärtsmachen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Ich möchte jetzt für einmal eine Lanze Brechen für den Regierungsrat. Einmal mehr soll diese Motion stehengelassen werden. Natürlich, inhaltlich ist es überhaupt keine Frage, dass gerade im Umfeld von Schulen und Kindergärten der gesamte Verkehr besondere Vorsicht walten lassen muss. Ich bin fast täglich neben dem Isaak Iseli-Schulhaus und deshalb betone ich, dass der gesamte Verkehr Vorsicht walten lassen muss, nicht nur der verteuflte MIV. Wenn ich sehe, was da zum Teil auf dem Trottoir abgeht, das ist schon hanebüchen. Aber ich schweife ab.

Natürlich sind Kinder, Schüler und Kindergärtner besonders exponiert. Sie sind sich noch nicht ihres Handelns und dessen Konsequenzen bewusst. Nach der Schule ist Spielen angesagt, das ist richtig so und da kümmern sich diese Kinder weniger um den Verkehr. Es stellt sich aber mit der sechsten Debatte zu dieser Motion schon die Frage, wie sinnvoll es jetzt ist, sie noch einmal stehen zu lassen. Überlegen Sie mal, was heisst es denn, stehenlassen? Es bedeutet, dass der Regierungsrat eine Motion nicht nur in der Theorie oder nur in ein paar wenigen Teilen erfüllt hätte. Oder was ganz bedenklich wäre, dass der Regierungsrat mit der Arbeit an einer Motion überhaupt nicht angefangen hätte. Nur davon kann jetzt in diesem Fall überhaupt nicht die Rede sein. Der Regierungsrat hat, wie wir gehört haben, eine Schwachstellenanalyse gemacht, sage und schreibe 70 Örtlichkeiten als hoch prioritär eingestuft, und er legt eine beeindruckende Liste von Massnahmen vor, von welchen eine gute Anzahl per Ende 2024 umgesetzt worden sind, andere werden bis 2026 realisiert.

Der Regierungsrat beurteilt die Verkehrssicherheit im Umfeld von Schulen und Kindergärten heute als hoch. Er hat dokumentiert, dass er die Situation ernst nimmt, also von fehlendem Interesse des Regierungsrates kann hier nicht die Rede sein.

Die SVP ist mit dem Regierungsrat einig, dass die beiden Motionen Wanner und Moesch als erfüllt betrachtet werden können, und wir stellen im weiteren fest, dass bei Regierung und Verwaltung die nötige Sensibilisierung vorhanden ist, dass die verlangte Verkehrssicherheit in diesem Fall also gerade rund um Schulen und Kindergärten auch in Zukunft die nötige Aufmerksamkeit erhält.

Namens der Fraktion der SVP bitte ich Sie deshalb, die beiden Motionen abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Sprecherin für die Fraktion GRÜNE/jgb ist Anina Ineichen.

Anina Ineichen (GRÜNE/jgb): Die Fraktion GRÜNE/jgb bittet Sie, die beiden Motionen stehen zu lassen. Die Anliegen sind nach wie vor berechtigt. Es wurde vieles erreicht. Es wurde auch bereits ausgeführt, aber es wurde auch vieles noch nicht erreicht. Und ich glaube mit dem Verweis auf weitere hängige Motionen zwei Motionen als erfüllt zu bezeichnen, das kann nicht sein, sondern die Motionen sind noch nicht erfüllt unseres Erachtens.

Es ist wichtig, dass wir die Schulwegsicherheit ernstnehmen. Wir haben einige Vorfälle gehabt. Tempo 30 kann die Sicherheit stärken. Wir müssen uns auch immer wieder bewusst werden, dass viele der Massnahmen, die uns jetzt vorgeführt wurden in der sehr ausführlichen Beantwortung der Motion auf Farbe beruhen. Farben sind eigentlich keine Verkehrsmassnahmen. Hier muss eine ernste Änderung des Paradigma kommen. Es braucht einen Paradigmenwechsel, dass wir schauen, für wen wir die Strassen bauen in unserer Stadt. Ich denke, die Kinder sollten einen grossen Teil der Beantwortung dieser Frage sein.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Daniel Hettich für die LDP.



Daniel Hettich (LDP): Ich mache es kurz. Die LDP unterstützt den Antrag der Regierung für Abschreiben der beiden Motionen. Sie hat aufgezeigt, dass sie das Thema ernstgenommen hat und an vielen Orten umgesetzt hat oder am Umsetzen ist. Bauen ist nicht immer so schnell gemacht, wie man sich wünscht, und die noch fehlenden Projekte sollen ja in den nächsten Jahren erledigt werden. Wir vertrauen darauf und unterstützen den Antrag. Danke, wenn Sie das auch machen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen und somit hat Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Tatsächlich ist es so, wie wir von einigen der Sprechenden gehört haben. Der Antrag auf Abschreiben der Motion ist weder darauf begründet, dass wir das Thema nicht wichtig finden noch dass wir denken, das sei jetzt erledigt. Im Gegenteil, die Schulwegsicherheit ist eine laufende Aufgabe, der wir uns ständig annehmen. Es ist eine Aufgabe, die jetzt insbesondere gerade mit der regen Bautätigkeit in der Stadt hohe Priorität genießt und es ist auch eine Aufgabe, zu der wir schon andere Motionen mittlerweile hängig haben.

Deshalb bittet Sie der Regierungsrat, hier diese Motionen abzuschreiben. Sie sehen, wir haben dieses Thema wirklich sehr ernstgenommen. Wir haben diese Schwachstellenanalyse durchgeführt. Wir haben zahlreiche Massnahmen umgesetzt und Ihnen sehr konkret auch beschrieben, welche Massnahmen wann noch umgesetzt werden. Glauben Sie uns, wir bleiben an diesem Thema dran.

Die Bitte um Abschreiben machen wir deshalb, weil wir im Rahmen anderer Motionen diese Aufträge noch pendent haben und ich denke, deshalb kann man diese Motionen gut abschreiben.. Wir bleiben ohnehin an diesem Thema intensiv dran.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung über die Motion Wanner.

Abstimmung

JA heisst erledigt gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen gemäss Antrag Barbara Herr

Ergebnis der Abstimmung

45 Ja, 48 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006585, 21.05.25 11:06:12]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Stehenlassen entschieden mit 48 gegen 45 Stimmen bei einer Enthaltung.

23.1. Motion Christian C. Moesch und Konsorten betreffend Sicherheit für die Kindergarten-Kinder, Verkehrssignalisation/-markierung auf öffentlichen Strassen im Umkreis von Kindergärten, Bericht des RR

[21.05.25 11:06:27, 18.5351.06]

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.



Abstimmung

JA heisst es erledigt Abschreibung gemäss Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen

Ergebnis der Abstimmung

46 Ja, 47 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006587, 21.05.25 11:06:54]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich auch hier entschieden, die Motion stehen zu lassen mit 47 gegen 46 Stimmen bei einer Enthaltung.

24. Interpellation Nr. 38 Brigitta Gerber betreffend Umbau Austrasse: Fehlende Partizipation, Baubeginn während der Planaufgabe?, Schreiben des RR

[21.05.25 11:07:07, 25.5182.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellation wurde schriftlich zugestellt, die Interpellantin hat die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Brigitta Gerber: Ich hatte die Regierung gebeten, mir zu sagen, warum sie den vom Gesetzgeber vorgesehenen Mitwirkungsprozess nicht beachte. Die Antwort ist wenig sinnvoll, weil ja wenig und praktisch kein Gestaltungs- respektive Handlungsspielraum bestehe.

Nun, falls Sie das gemacht hätten, dann hätte Ihnen sicher eine Anwohnende schon früh gezeigt, dass die der UVEK vorgelegte Planung mit falschen Bildern bestückt war. Nur der obere Teil Schützenmatte und Brausebad haben Vorgärten und deshalb mehr Platz zwischen den Häuserzeilen. Die Häuser davor sind direkt ans Trottoir gebaut. Auch hätten Sie eventuell frühzeitig mitbekommen, dass da Behindertenwohnheime, Kinderärzte und jugendpsychologische Institutionen an einem schattigen Trottoir liegen, das nun so zurückgebaut wird, dass ein Nebeneinandergehen zu zweit mitten in einem Quartier verhindert wird und so einfach noch gefährlicher ist als heute schon, mit einem Tram, das mit 45 km/h an Ihnen vorbeirauscht und eben im gleichen Abstand, nur mit weniger Trottoir. Auf der anderen Seite, stadtauswärts und auf der sonnigen Seite, ist das nicht so gefährlich, da steht das Tram mehrheitlich im Stau und bewegt sich im Schrittempo. Oder Sie hätten erfahren, dass aus der Burgunderstrasse heute regelmässig Autos ins Tram fahren, weil dieses so schnell und die Stelle so unübersichtlich ist, dass es nun eben noch knapper wird. Aber ja, bisher gab es ja nur Sachschaden.

Sie argumentieren, dass Sie ja nur Werkleitungen, Kanalisationsarbeiten etc. im Untergrund bearbeiten und daher auch keine der Einsprachefristen abwarten müssen. Nun ja, die 6er Linie wurde bereits abmontiert und wird neu gelegt. Kaphaltestellen werden an der Oberfläche gebaut ohne Ausweichmöglichkeiten für Velos. Ja, es ist hier eng, aber eben auch vorgesehen ohne Temporeduktion wie bei anderen Stellen in der Stadt, zum Beispiel an der Missionsstrasse, jetzt gerichtlich durchgesetzt.

Eine Temporeduktion, die notabene ebenso entsprechend Strassennetz-Hierarchie auf 30 km/h vorgesehen werde, da untergeordnete Strassennetze in erster Linie dazu dienen, Quartiere zu erschliessen und den Aufenthalt zu ermöglichen, daher an dieser Strasse nicht nur Tempo 30er-Zone errichtet, sondern sogar Begegnungszonen gebaut werden sollten. Und wir müssen gar nicht bis Ende 2025 und Ende der Baustelle warten. Wir können das jetzt angehen.

Überhaupt wird die Oberfläche wenig, aber eben sehr wohl einschneidend verändert. Auf der stadtauswärts gehenden Seite können neu Velo und Tram nebeneinander fahren, wahrscheinlich bis dann das Tram stehenbleibt und dann zum nächsten Auto, so weit wird es reichen. Man habe aber 40 cm zu wenig Raum für die gesetzliche Breite von 4 Meter 20, weil das im schmalen Strassenschnitt halt fehle, also kein Platz für einen gesetzlichen legitimen Velostreifen bestünde. Ja warum



wohl? Weil vielleicht das Trottoir stadtauswärts eben auf der anderen Seite 70 cm verbreitert wird, damit Lastwagen nicht parkieren, aber umladen können? Vielleicht deshalb.

A propos Kreativität und Quartiersbefragung - auch der Velogegeverkehr, der ja heute bereits ausgiebig praktiziert wird, aber halt recht gefährlich ist. Es könnten ja auch Velo-Ampeln auf der Gleislinie angebracht werden, die die Vorfahrt des Trams gewährleisten, aber den Velos sind der Zeit dazwischen die Möglichkeit geben, gemütlich Richtung Stadt zu fahren ohne parkierte Autos wie in der Feierabendstrasse oder der Eulerstrasse.

In der Strassennetz-Hierarchie steht auch noch, Strassen sind hier auf reduzierte Geschwindigkeit ausgelegt. Das heisst ja wohl auch, dass der Zugang 50 Meter davor die Auberg ab Richtung Elisabethen-Garage das Ziel auch beinhaltend ankündigen sollte.

Ich möchte nur noch etwas sagen zum Auberg. Das wollen Sie nicht nehmen, sei da zu hoher Restwert vorhanden. Okay, wir hätten es auch gerne gemacht mit ein paar Grünrabatten, die sind durchaus willkommen, nur eine Rabatte irgendwie zwischen Schützenmattstrasse und Austrasse würde das vielleicht etwas verbessern. Aber das können Sie natürlich nicht wissen, weil Sie ja einen Mitspracheprozess überflüssig finden, obwohl gesetzlich vorgesehen. So schreibt die Regierung dann auch, es gehe einfach nur darum, einen funktionstüchtigen Zustand herzustellen und gewissen gesetzlichen Erfordernissen Genüge zu tun. Ja, so habe ich das Projekt bisher leider auch verstanden. Weder Partizipation noch kantonale Strategien und Gesetze werden berücksichtigt, wie die Klimaschutzstrategie, die Strassennetz-Hierarchie und gerade neu nochmals vom Volk bestätigt die Priorisierung des Veloverkehrs.

Es ist wirklich enttäuschend. Ich bin mit der Antwort nicht zufrieden, sie ist wirklich äusserst ungenügend.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist nicht zufrieden mit der Antwort. Die Interpellation ist erledigt.

25. Anzug Catherine Alioth und Konsorten betreffend die Umsetzung der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung während des Maturitätslehrgangs gemäss Maturitätsanerkennungsverordnung (MAV), Schreiben des RR

[21.05.25 11:13:08, 23.5539.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Das Wort hat Regierungsrat Mustafa Atici.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: In der dynamischen Arbeitswelt von heute kommt nicht nur der primären Berufswahl, sondern auch der fortlaufenden Laufbahnentscheidung ein hoher Stellenwert zu. Jugendliche und junge Erwachsene müssen zwingend mit den notwendigen Kompetenzen ausgestattet werden, damit sie im Laufe ihrer Karriere eigenverantwortliche und informierte Entscheidungen treffen können. Das kommt nicht nur ihrer individuellen Eingliederung in die Arbeitswelt, sondern letztlich auch der gesamten Wirtschaft zugute.

Wir zeigen in der Beantwortung des Anzugs detailliert auf, wie die Studienberatung an den Gymnasien in unserem Kanton organisiert ist. Das Konzept der Berufsstudien und Laufbahnwahl ist bereits seit längerem fest verankert und es kommt ihm eine wichtige Bedeutung zu. In der Beantwortung der weiteren Entwicklung der gymnasialen Maturität dient das baselstädtische Konzept mit seiner fortlaufenden Begleitung der Schülerinnen und Schüler und ihrer Eltern über die vier gymnasialen Jahre anderen Kantonen als Vorbild. Die verschiedenen Stellen, allen voran die Studienberatung, die Schulen und die Berufsberatung arbeiten eng und intensiv zusammen, um umfassende Kenntnisse zur Berufs- und Bildungswelt zu vermitteln und an den entscheidenden Stellen individuelle Beratungen anzubieten. Dabei wird selbstredend auch die Wirtschaft einbezogen. Neben der Berufsmesse werden Berufsfelder zum Beispiel auch an Podiumsdiskussionen fassbar gemacht in der Form von Betriebseinblicken oder im Rahmen von Praktika.

Natürlich bleibt die weitere Entwicklung des Konzepts ein ständiger Aufbau. Die Anpassung an neue Gegebenheiten der Arbeitswelt wird nie ganz abgeschlossen sein. Nichts desto trotz bin ich überzeugt, dass wir in Basel ein sehr gut funktionierendes anpassungs- und zukunftsfähiges Modell etabliert haben. Deswegen bitten wir Sie, den Anzug als erledigt abzuschreiben.



Balz Herter, Grossratspräsident: Gemeldet sich hat sich Catherine Alioth als Fraktionssprecherin für die LDP.

Catherine Alioth (LDP): Ich danke dem Regierungsrat für den informativen und detaillierten Bericht. Das Ziel des Anzugs ist es, die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung verbindlicher zu gestalten und als integralen Bestandteil der gymnasialen Ausbildung zu etablieren. Deshalb sollte sich die Beratung über alle vier Jahre erstrecken, damit eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit der möglichen Eignungen für Berufsfelder erfolgt.

Aus unserer Sicht fehlen ein paar Aspekte und ich möchte diese hier kurz erläutern. Mit den zwei Dienststellen im Erziehungsdepartement für die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung und einer Studienberatung an der Universität gibt es im Kanton eine umfassende Angebotsstruktur. Das ist auf der Grafik auf Seite 4 des Berichts sehr gut dargestellt. Ich danke dafür.

Catherine Alioth (LDP): Aus der Grafik und der Antwort des Regierungsrates geht nicht eindeutig hervor, wie eine ganzheitliche Beratung sichergestellt wird. Auch sind die Angebote, die Alternativen zu Studium und Matura aufzeigen, bislang nur in Form einer Infothek vorhanden. Die Einbindung der Wirtschaft in die Beratung, wie in Frage 3 gefordert, erscheint ebenfalls noch ausbaufähig. Eine stärkere Zusammenarbeit mit Unternehmen könnte den Schülerinnen und Schülern helfen, besser zu verstehen, welche Qualifikationen und Fähigkeiten auf dem Arbeitsmarkt gefragt sind. Eine stärkere Präsenz der Wirtschaft in der Berufsorientierung kann auch dazu beitragen, weniger populäre, aber dringend benötigte Berufe attraktiver zu machen. Wenn Schülerinnen und Schüler sehen, welche Karrierechancen und Entwicklungsmöglichkeiten es gibt, sind sie eher bereit, sich für diese zu entscheiden.

Der verstärkte Einbezug der Wirtschaft ist nicht nur als Reaktion auf den Fachkräftemangel zu verstehen, sondern auch als proaktive Massnahme zur nachhaltigen Gestaltung der Arbeitswelt. Dieses Anliegen teilen auch die Handelskammer beider Basel, der Arbeitgeberverband Region Basel und der Gewerbeverband Basel-Stadt. Sie unterstützen den Anzug und wollen ihn stehenlassen, ebenso die SVP und die FDP.

Die bereits bestehenden Angebote zeigen, dass die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung dem Regierungsrat ein grosses Anliegen ist. Aus unserer Sicht könnten die Angebote wie gesagt noch besser aufeinander abgestimmt und miteinander verzahnt werden. Das würde ihre Wirksamkeit verbessern. Ziel muss es sein, die Studienwahl zu erleichtern und Studienabbrüche zu reduzieren. Daher ist es begrüssenswert und sinnvoll, dass das ED das Konzept der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung überarbeitet und neue Modelle zur Laufbahngestaltungskompetenzen über die verschiedenen Bildungsstufen und Laufbahnphasen integriert. Daher sollte der Grosse Rat über diese Weiterentwicklungen informiert werden. Ich bitte Sie deshalb, den Anzug zu unterstützen und stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Sasha Mazzotti.

Sasha Mazzotti (SP): Grossrätinnen und Grossräte bekommen ja immer wieder diese Stellungnahmen der Handelskammer und des Gewerbeverbandes zu unseren Geschäften, die wir hier behandeln. Ich nutze dies oft für meine Voten, um mich auf Gegenargumente vorzubereiten. In diesem Fall ist das aber nicht so. Gerade auch von Seiten der Politik wird ja oft moniert, wir hätten zu viele Gymnasiastinnen und Gymnasiasten, es sei alles sehr akademisch hier, wo bleibt denn die Berufsbildung? Und die Berufsbildung ist ja nicht nur ein Thema auf der Sek 1-Stufe. Es gibt verschiedene Gründe, warum sich jemand nach der obligatorischen Schulzeit noch nicht für eine Lehre entscheidet und trotzdem ist der akademische Weg nicht der richtige. Ich gehe mit dem Gewerbeverband einig, dass das Konzept und die Massnahmen, auf die der Regierungsrat aufmerksam macht, die Ziele nicht unbedingt erreicht. Es braucht eine verbindliche Integration, auch auf der Sek 2-Stufe. Das Ziel sollte sein, die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung in den Gymnasien wirklich verbindlich und wirkungsvoll zu verankern. Wir müssen das Thema Fachkräftemangel auch von Seiten der Ausbildung, von der Berufsbildung, der Schule, von der Schullaufbahn aus sehen.

Und dafür braucht es eine Beratung, die alle Berufswege auch im Gymnasium für akademische wie nicht akademische berät. Der Gewerbeverband schreibt, dass sie klare kantonale Zuständigkeiten und eine systematische Qualitätssicherung wollen, einen konkreten Zeitplan und eine strategische Zielsetzung. Ich gehe da mit dem Gewerbeverband einig. Zurzeit ist es so, dass Angebote, die sich auf ein späteres Studium beziehen, da sind, aber die Alternativen zum Studium und der Matura nur in Form einer Infothek vorhanden sind. Ich weiss, da sind Pläne, aber ich spüre noch keine Verbindlichkeit.

Das Schöne an meinem Amt als Grossrätin ist, dass ich auch die Arbeit in der Kommission habe, und da erhalte ich vertiefte Einblicke in ein Thema und da ändert sich auch manchmal eine Meinung zu einem Thema oder in diesem Fall zu Playern. Ich glaube in diesem Fall, dass es die stärkere Präsenz der Wirtschaft in der Berufsorientierung braucht, um auch die weniger beliebten oder bekannten Berufe attraktiv zu machen. Da ich weiss, dass auch Vertreter der SVP mit mir in dieser



Kommission sitzen und das Thema Berufsbildung ja oft wichtig ist, bin ich etwas erstaunt, dass sie nicht für Stehenlassen sind, die Arbeitgeberverbände, Gewerbeverband und Handelskammer sind ja klar für Stehenlassen.

Ich bin bei unserem jetzigen Vorsteher des ED sehr zuversichtlich, da ihm die Berufsbildung ja wirklich ein grosses Anliegen ist und weiss auch, dass er einiges vorhat in diesem Bereich. Ich plädiere daher, den Anzug stehen zu lassen, um in zwei Jahren darüber informiert zu werden. Ich glaube, Catherine Alioth ist da mit demselben Argument gekommen.

Wie gesagt, die SP ist offen und ich hoffe, meine Fraktionskolleg:innen, die im Moment noch nicht im Raum sind, werden mir folgen. Wir sind übrigens für Stehenlassen, aber nicht offiziell.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die Mitte/EVP ist Brigitte Gysin.

Brigitte Gysin (Mitte-EVP): Die Fraktion Mitte/EVP bittet Sie, dem Regierungsrat zu folgen und diesen Anzug abzuschreiben.

Ich denke, dass man bei dieser Frage eigentlich zwei Stränge mitverfolgen muss. Zum einen gibt es die Schülerinnen und Schüler, die nach Ende der Sekundarstufe 1 noch nicht recht wissen, was sie tun wollen und die dann vielleicht aus ihrer Not heraus ans Gymnasium gehen, und da aber oft auch sehr schnell merken, dass es eigentlich nicht unbedingt der richtige Platz ist. Für diese Schülerinnen und Schüler läuft sehr viel auch sehr direkt für die Berufsberatung und überhaupt nicht für die Studienberatung. Die jetzt zwei Mal genannte Infothek wirkt vielleicht noch wenig, aber da sind Standortgespräche und im Gespräch mit Eltern und Schülerinnen und Schülern, die zum Beispiel schon Mitte des ersten Schuljahres am Gymnasium sehr auf wackeligen Beinen stehen, wird darüber gesprochen, was Alternativen sind. Ich schicke zum Beispiel als Klassenlehrerin diese Eltern und Schüler direkt zur anwesenden Vertreterin des Berufsinformationszentrums, damit sie entweder vor Ort über alternative Möglichkeiten einer Berufslehre sprechen oder einen Termin vereinbaren, um das zu tun.

Das heisst für Schülerinnen und Schüler, die im Laufe ihrer Sek 1-Zeit noch nicht einen Weg in die Berufslehre gefunden haben, wird sehr aktiv auf verschiedene Art und Weise dafür gesorgt, dass sie an die notwendigen Informationen kommen, dass sie dann vielleicht auch Schnupperlehren machen, und das passiert dann auch, in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft. Und dann gibt es die Schülerinnen und Schüler, die am Gymnasium sind und es auch beenden wollen und bei denen es mehr um die Orientierung danach geht. An unserer Schule beispielsweise wäre das in den Profilwochen. Da hat ein Schüler bei mir in einer Informatikfirma gearbeitet, um zu prüfen, ob er nur eine private Begeisterung für diesen Bereich hat oder ob das als Berufsfeld in Frage kommt. Ein anderer Schüler hat ein Praktikum im Biozentrum gemacht und ist zum Schluss gekommen, dass er ganz sicher nicht Biologie studieren möchte und dass der akademische Weg mit Forschung nicht so Seines ist.

Die Schülerinnen und Schüler haben also auch im Laufe der Gymnasialzeit die Möglichkeit, in direkten Kontakt von Berufsfeldern zu kommen und herauszufinden, ob sie ein bestimmtes Studium also ergreifen sollen oder nicht. Und das Ganze ist in Konzepten, einerseits in dem genannten Gesamtkonzept des Kantons schon vorgesehen, aber auch im schulspezifischen Konzept, niedergelegt, wie sie das in ihren verschiedenen Gefässen bewerkstelligen wollen, dass es eben zu solchen Orientierungsmöglichkeiten kommt.

Vor diesem Hintergrund scheint es mir nicht sinnvoll, den Anzug noch einmal stehen zu lassen, um noch etwas mehr Papier zu produzieren, sondern einfach die Schulen ihre Arbeit machen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Sprechenden mehr eingetragen. Somit hat Regierungsrat Mustafa Atici das Wort.

RR Mustafa Atici, Vorsteher ED: In unserer Antwort zeigen wir konkret, wie wir mit diesem Thema unterwegs sind, also mehr Wirtschaft in der Schule durch alle Stufen, mehr Berufsorientierung, mehr Bemühungen auf allen Stufen, von Primarschule bis Gymnasium. Wir nehmen das Thema sehr ernst und die Votant:innen, die dagegen gesprochen haben, die den Anzug unbedingt stehenlassen wollen haben genau Themen erwähnt oder Bereiche oder weitere Bestrebungen, mit denen wir sowieso sehr aktiv unterwegs sind. Daher plädiere ich nochmals dafür, den Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Somit kommen wir zur Abstimmung.



Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst Stehenlassen

Ergebnis der Abstimmung

16 Ja, 72 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006590, 21.05.25 11:29:07]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Stehenlassen entschieden mit 72 gegen 16 Stimmen bei einer Enthaltung.

26. Interpellation Nr. 40 Sandra Bothe betreffend Konsequenzen der Einführung der Wahlmöglichkeit von Italienisch auf Sek II Stufe und Stellung des Frühfranzösisch im Basler Bildungssystem, Schreiben des RR

[21.05.25 11:29:20, 25.5184.01]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt, die Interpellantin hat nun die Gelegenheit zu erklären, ob sie mit der Antwort zufrieden ist.

Sandra Bothe-Wenk: Die Antwort der Regierung liefert eine sachliche Darstellung der bundesrechtlichen Vorgaben zur gymnasialen Maturitätsform und verweist auf laufende Prozesse im Kanton, insbesondere auf die eingesetzte Arbeitsgruppe. Dennoch, meine Interpellation zielte auf eine bildungspolitische Einordnung, nicht nur auf Strukturfragen. Ich habe eine Einordnung durch den Regierungsrat erwartet und deshalb um eine schriftliche Antwort gebeten, um dafür genügend Zeit einzuräumen.

Seit zwei Jahren befasst sich die Regierung mit der Fremdsprachenstrategie. Eine Haltung auch in Bezug auf Selektion sollte darlegbar sein. Die gestellten Fragen sind zentral im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Bildungs- und Laufbahnwege im Kanton Basel-Stadt. Es geht doch darum, wie wir Bildungswege gestalten, wie wir Selektion begründen und wie wir mit knapper werdenden Personalressourcen in wichtigen Fächern wie Französisch umgehen. Ein Verweis auf eine Arbeitsgruppe reicht nicht aus. Damit wird die Chance verpasst, Orientierung zu geben in einem Thema, das Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrpersonen, Schulleitungen, Ausbildungsbetriebe und abnehmende Hochschulen gleichermassen betrifft. Ich kann es deshalb vorwegnehmen, ich bin mit der Antwort nicht zufrieden.

Zu den Fragen im Detail, Frage 2: Die Aussage der Regierung ist zwar formal korrekt, verkennet aber die Tragweite. Mit der Wahlmöglichkeit verliert Französisch de facto den Status als obligatorisches Maturfach. Das ist sehr wohl relevant. Denn wenn das Fach, das auf tieferen Schulstufen stark gewichtet wird, auf der Sekundarstufe 2 künftig abwählbar werden kann, stellt sich unweigerlich die Frage nach der Verhältnismässigkeit und Stimmigkeit der Selektionskriterien in unserem Bildungssystem.

Hingegen sehe ich ein, dass meine Frage zum Personalbestand im Französischunterricht nicht präzise genug formuliert war. Insbesondere fehlt die Relation zur Gesamtzahl der Lehrpersonen pro Stufe, was eine genaue Einschätzung erschwert. Dennoch hätte man den Kern der Frage erkennen können. Aber auch ohne Vergleichszahlen wird deutlich, eine relevanter Teil des Französischunterrichts wird derzeit von Lehrpersonen ohne fachspezifisches Diplom oder mit noch laufender Ausbildung erteilt, und das in einem Fach, das schulisch stark gewichtet wird, das birgt ein Risiko für die Bildungsqualität und eine potenzielle Benachteiligung von Schülerinnen und Schülern im Selektionsprozess.

Zur Frage 2 zu den geplanten Massnahmen: Die Frage zielt klar auf den Mangel an Französischlehrpersonen, nicht auf den Mangel allgemein. Das geht aus der Interpellation hervor. Es ist mir unverständlich, dass die Antwort diesen Unterschied ignoriert, keine konkreten Massnahmen zur Gewinnung von Fachpersonal im Fach Französisch nennt. Somit bleibt offen, wie die Regierung dem Problem konkret begegnen will und welche Rolle dabei die PH FHNW spielen könnte.



Was die Frage zur Sprachreihenfolge usw. betrifft, finde ich es nachvollziehbar, dass diese im Rahmen der anstehenden Gesamtüberprüfung der Bildungsstrategie Fremdsprachenerwerb behandelt werden. Entscheidend ist für mich, dass dann die Fragen aber auch konkret und vertieft aufgegriffen werden. Es ist jetzt der richtige Moment für eine ehrliche bildungspolitische Standortbestimmung. Die anhaltende Kritik am Frühfranzösisch, zuletzt formuliert durch Alain Pichard in der NZZ vom 13. Mai macht deutlich, dass weder der Zeitpunkt des Fremdspracheneinstiegs noch die Qualität des Unterrichts als gegeben vorausgesetzt werden dürfen. Eine wirksame Fremdsprachenstrategie entfaltet nur Wirkung, wenn sie als durchgängiges Konzept über alle Schulstufen hinweg gedacht wird, nicht als Abfolge isolierter Einzelentscheide. Dann greifen die Bildungsstufen nicht mehr stimmig ineinander. Deshalb soll die Fremdsprachenstrategie einheitlich über alle Schulstufen hinweg kohärent geplant werden. Ziel dieser Strategie muss die Studierfähigkeit und die Anschlussfähigkeit an Berufslehren in der ganzen Schweiz sein. Also beispielsweise das Erreichen des Sprachniveaus B2 in der zweiten Landessprache bei der Matura. Dieses Bewusstsein wünsche ich mir für die anstehende Beantwortung meines im Interesse einer klaren, zukunftsfähigen Fremdsprachenbildung und auch zur Stärkung der Grundlagefächer in Deutsch und Mathematik.

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Interpellantin ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

27. Interpellation Nr. 42 Michael Hug betreffend Zwischennutzung des Sommercasinos durch den Verein Chateau Solaire, Schreiben des RR

[21.05.25 11:34:33, 25.5186.02]

Balz Herter, Grossratspräsident: Die Beantwortung der Interpellation wurde Ihnen schriftlich zugestellt. Der Interpellant hat nun Gelegenheit zu erklären, ob er mit der Antwort zufrieden ist.

Michael Hug: Zunächst möchte ich mich für die Beantwortung bedanken, möchte aber gleichzeitig ein paar Punkte aufbringen, die mir in der Beantwortung noch nicht schlüssig geworden sind.

Die Regierung spricht davon, dass viele potenzielle Interessenten bekannt gewesen wären, die eine Zwischennutzung des Sommercasinos in Betracht gezogen haben und drei hätten sich danach zurückgezogen und die jetzige Partnerin, der Verein Chateau solaire, wurde dann deshalb ausgewählt. Hier stellt sich die Frage, wie es dazu kam, dass man überhaupt in Kontakt getreten ist mit diesen vier Interessenten. Sind die einfach so direkt von sich aus auf Sie zugekommen oder gab es da eine Information? Es stellt sich mir die Frage darum, weil es vielleicht noch einige andere hätte geben können, die zu diesen Konditionen – das erläutere ich nachher – auch ein Interesse daran gehabt hätten, eine Zwischennutzung des Sommercasinos in Betracht zu ziehen.

Zwei wesentliche Punkte, die Gebrauchsleihe – das Haus wird also übergeben, ohne dass eine Miete bezahlt werden muss, aber der Verein muss den Unterhalt finanzieren –, das läuft beim FD. Gleichzeitig gab es ein Gesuch um Finanzhilfe beim ED. Das wurde auch in den Medien bekannt, dass über einen Betrag von 300'000 Franken und mehr diese Zwischennutzung mitfinanziert wird. So weit so gut. Was ich jedoch nicht sehen kann, ist ein Programm auf der Homepage, wo diese Leistungsziele, die ja offenbar vereinbart wurden, damit dieser Betrag gesprochen werden konnte, auch umgesetzt werden. Ich bin direkter Anwohner des Sommercasinos und sehe derzeit eigentlich gar keine Nutzung. Es wäre eine super Gelegenheit gewesen während des ESC oder bei der Frauen EM, hier auch für das Quartier etwas anzubieten. Da stelle ich mir wirklich die Frage, ob das Angebot noch besser wird. Ich habe gehört, dass auf dem Instagram-Profil des Sommercasinos immerhin aufgezeigt wurde, dass es ein Public Viewing gibt während der Frauen EM, aber sonst gibt es kein Angebot, das mir bekannt ist, und es wird auch schlecht vermarktet.

Da sehe ich schon ein krasses Missverhältnis zu diesem Betrag über 300'000 Franken, die ein Verein bekommt, der einfach zum Handkuss gekommen ist, diese Zwischennutzung zu übernehmen, Geld bekommt und danach kein wirkliches Programm hat. Es wird zwar in der Antwort ausgeführt, dass es eine Leistungszielüberprüfung gibt. Da bin ich gespannt, denn es steht nicht in der Antwort, inwiefern die Ziele überhaupt ausformuliert wird. Es steht nicht in der Beantwortung, welche Ziele dieser Verein erfüllen muss, was ich unbefriedigend finde.

Positiv erachte ich sicher, dass man auch in Aussicht stellt, dass eine ganzheitliche Evaluation erfolgt und dann verschiedene Nutzungen in Frage kämen. Meine grösste Sorge ist, dass aus der Zwischennutzung dann ein Dauerzustand wird und das Quartier und auch weitere Bevölkerungsteile der Stadt gar nicht profitieren können von der Situation Sommercasino. Ich bin auch nicht der Meinung, dass das unbedingt im Bereich der Jugendkultur weitergenutzt werden



muss, da gibt es sehr viele Angebote in der Stadt, aber es ist sicher ein Punkt, dies zu diskutieren mit der Quartiersbevölkerung und sonstigen Interessensgruppen.

Einen Punkt finde ich dennoch speziell, dass der vorige Verein auch hohe Ziele hatte, die er erfüllen musste, gleichzeitig auch Miete bezahlen musste. Es ist eine ungleiche Situation, die jetzigen Nutzenden haben eine Gebrauchsleihe und ein Angebot, das nicht wirklich erkennbar einen Vorteil für die Bevölkerung bringt. Die Situation vorher war insofern besser, dass auch noch Auflagen bestanden haben in Bezug auf eine Buvette und sonstige öffentliche Anlässe.

Darum bin ich mit der Beantwortung nicht zufrieden.

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Interpellant ist mit der Antwort nicht zufrieden. Die Interpellation ist erledigt.

28. Motion Pascal Pfister und Konsorten betreffend Freiwilligen-Projekte gegen Einsamkeit unterstützen, Bericht des RR

[21.05.25 11:39:48, 23.5542.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Motion als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Ich habe keine anderen Wortmeldungen eingetragen. Es wurde auch kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion als erledigt abzuschreiben.

29. Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend 1. August ohne offizielle Feuerwerke in Basel, Schreiben des RR

[21.05.25 11:40:16, 20.5432.03]

Balz Herter, Grossratspräsident: Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum. Harald Friedl hat sich als Fraktionssprecher eingetragen.

Harald Friedl (GRÜNE/jgb): Die Fraktion GRÜNE/jgb ist enttäuscht von der Beantwortung des Regierungsrates und beantragt Ihnen deshalb, diesen Anzug von Thomas Grossenbacher stehen zu lassen.

Wir wissen es alle, Feuerwerke tragen erheblich zur Feinstaubbelastung bei und beeinträchtigen Wild- und Haustiere sowie Ruhe suchende Bewohnerinnen und Bewohner massiv. Angesichts der ökologischen und gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit wäre es nicht nur legitim, sondern auch geboten, hier klarere Massnahmen zu ergreifen. Dass dies möglich ist, zeigen andere Gemeinden. Davos wird immer wieder als Beispiel gebracht, es zeigt auch, dass es möglich ist und auch rechtlich zulässig ist, tiefergreifende Massnahmen zu verfügen.

In unseren Augen ist eben auch die Prüfung der Alternativen zu diesen Feuerwerken in der Antwort zu wenig genau gemacht worden und es wird sehr schnell abgetan mit Argumenten wie etwa, es sei in einer dicht besiedelten Umgebung nicht möglich, Drohnenshows oder Lasershows durchzuführen. Wir sind uns aber sicher, dass dies möglich ist und wir bitten daher den Regierungsrat darum, dies nochmals eingehender zu prüfen. Ich denke, die Beispiele nehmen europaweit oder weltweit laufend zu, und da kann man sich auch inspirieren lassen.

Dass die jetzige Regelung kein ausgewogener Kompromiss ist, wie das der Regierungsrat in seiner Beantwortung schreibt, davon kann ich aus eigener Erfahrung sehr gut berichten. Ich weiss nicht, ob der Regierungsrat wahrnimmt, was in wirklich dicht besiedelten Gegenden in dieser Stadt abläuft am 1. August oder am Tag davor. Bereits zwei, drei Tage zuvor werden zu jeder Tages- oder Nachtzeit Knallkörper abgelassen, es hallt in den Hinterhöfen, am Fest des 1. August selber ist eigentlich vor drei Uhr morgens nicht an Schlafen zu denken, wenn man an gewissen Orten wohnt, und es stinkt am Tag darauf dann in weiten Gegenden der Stadt.



Mir ist es selbst auch bewusst, dass sich nicht alle disziplinieren lassen, wenn wir jetzt für einen grösseren Zeitraum das Feuerungsverbot aussprechen. Es werden immer Leute sich über welche Kanäle auch immer mit solchen Knallkörpern versorgen können. Aber wir sind der Meinung, dass es hier eine klarere Kommunikation braucht und eben eine grössere Zeit, dass das eigentlich nicht im Sinne ist unseres Kantons oder der hier wohnenden Bevölkerung und der hier angesiedelten Tiere und Lebewesen. Es ist nämlich eine kleine Minderheit, die auf Kosten der grossen Mehrheit sich hier aufführt, wie wir es eigentlich nicht tolerieren wollen.

Aus all diesen Gründen bitten wir Sie, den Anzug noch mal stehen zu lassen, so dass der Regierungsrat und die Verwaltung nochmal die Möglichkeit haben, in sich zu gehen und tiefer greifende Massnahmen vorzuschlagen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher ist Lorenz Amiet für die SVP.

Lorenz Amiet (SVP): Mir wurde vor wenigen Sekunden unterstellt, dass ich zu einer kleinen Minderheit gehöre. Ja, ich stehe dazu, ich liebe Feuerwerk. Ich bin aber nicht sicher, ob ich tatsächlich in einer kleinen Minderheit bin. Die meisten von Ihnen haben letzte Woche auch, vom ESC-Fieber gepackt in der einen oder anderen Form in der Halle oder im Stadion oder sonstwo, mitgefeiert und einen tollen ESC-Anlass erlebt. Ja, der war voll von Feuerwerk. Man kann diskutieren, ob so viel Feuerwerk überhaupt nötig gewesen wäre, aber warum war er voller Feuerwerk? Weil es die Leute lieben, im Stadion vom Würfel aus, die Leute haben geklatscht, haben gejoht, haben gefilmt, haben Fotos gemacht, 36'000. Jetzt kann man argumentieren 36'000 sind eine Minderheit der Einwohnerinnen und Einwohner von Basel, von mir aus, aber ich glaube auch nicht, dass jeder Feuerwerkfan dieser Stadt ins Stadion gekommen ist wegen dem Feuerwerk, sondern das war ein Bild der Gesellschaft, ein Querschnitt durch die Gesellschaft.

Was hat die Regierung entschieden? Die Regierung hat entschieden, dass man einen Kompromiss macht zwischen den verschiedenen Interessen, und zu diesen Interessen gehören selbstverständlich die Interessen der Haustiereigentümerinnen und -eigentümer, aber auch die Interessen derjenigen, die Feuerwehr lieben. Man hat entschieden, dass man an drei Tagen im Jahr Feuerwerk ablassen darf und an 362 Tagen im Jahr nicht. Wenn jetzt Harald Friedl argumentiert, dass sich die Leute nicht daran halten, muss man das Problem aber anderswo lösen, nicht durch ein generelles Verbot von Feuerwerken oder sonst welche Massnahmen, sondern mittels Durchsetzung bestehenden Rechts. Also hat diese Argumentation hier nichts verloren.

Kommen wir zum Thema zurück. Es geht hier um Alternativen zum Abbrennen von Feuerwerk. Laser wird genannt, Drohnen werden genannt, es gibt sicher noch andere Alternativen. Aus meiner Sicht wird sehr deutlich und auch für mich nachvollziehbar aufgezeigt von der Regierung, warum auch diese Alternativen nicht frei von Problemen sind. Ich weiss nicht, wie viele Drohnen Sie über dem Rhein starten lassen wollen und dann fliegen so und so viele ins Wasser und die Batterien verrotten hier im Wasser. Ist das so viel besser aus Umweltschutzsicht? Dann kommen die ganzen Sicherheitsfragen, wo man die überhaupt ablassen darf, über den Köpfen von Leuten ja sicher nicht, denn wenn eine abstürzt, wollen Sie die ja nicht auf dem Kopf haben. Also da gibt es jede Menge Argumente. Die Regierung zeigt das überzeugend.

Wenn man jetzt das hier stehen lässt, dann kann man damit zwei Absichten verfolgen. Entweder kann man sagen, die Regierung soll nochmals aufzeigen, weshalb diese Alternativen nicht gut sind. Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, wie man da zu neuen Schlüssen kommt. Oder man kann indirekt und sozusagen subkutan fordern, dass einfach ein generelles Feuerwerkverbot kommt. Über ein solches haben wir in der letzten Legislatur abgestimmt und es wurde hier drin in aller Deutlichkeit abgelehnt. Also wenn Sie das wieder bringen wollen, das allgemeine Feuerwerkverbot, ja gut, dann bringen Sie halt wieder so eine Motion und dann wird es vielleicht wieder genau gleich deutlich abgelehnt. Aber wenn Sie mit diesem Anzug und dem Stehenlassen dieses Anzugs dieses Ziel verfolgen wollen, dann bin ich sicher, werden wir in zwei Jahren wieder hier stehen, wieder darüber diskutieren, es wird sich bis dann nichts geändert haben, ausser dass man einfach einen Anzug mehr auf der Tabelle der Verwaltung gelassen hat.

In diesem Sinne bitte ich Sie, diesen Anzug abzuschreiten.

Balz Herter, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin ist Sasha Mazzotti für die SP.

Sasha Mazzotti (SP): Die Voten hier vorne, wenn wir so erzählen und unsere Voten halten, sind oft recht biografisch, und so erfahren wir doch einiges voneinander. Von mir erfahren Sie heute, dass ich das Platin Jubiläum der Quen im 2022 verfolgt habe, geschaut habe aus einem persönlichen Grund, aber ich bin ja sehr dankbar, da habe ich auch diese Wahnsinnslassershow gesehen. Das war 2022 und sehe auch, es gibt Alternativen zum Feuerwerk. An Lorenz Amiet: Es muss ja nicht unbedingt über dem Rhein stattfinden.



Die bestehende Regelung orientiert sich primär an der Bewahrung von Tradition, und anstatt aktiv einen Wandel zu Gunsten der öffentlichen Gesundheit, des Tierschutzes und der Umweltqualität voranzutreiben. Irgendwie ist die Dringlichkeit und das Potenzial für zukunftsweisende unverträgliche Lösungen untergegangen in der Antwort der Regierung. Der Bericht anerkennt zwar ja die negativen Auswirkungen von Feuerwerk auf Tier und Umwelt, aber warum ziehen Sie denn keine konsequenten Schlüsse? Wie Sie wissen, trägt Feuerwerk erheblich zur Feinstaubbelastung bei und es beeinträchtigt die Wildtiere und Haustiere massiv. Und wir stehen auch vor einer ökologischen Herausforderung.

Ich finde, dass die Alternativen zum Feuerwerk, zum Beispiel Laser, sehr schnell vom Regierungsrat einfach mal abgetan wurden, und es gibt in diesem Bereich einfach rasante technologische Entwicklungen. Ich habe jetzt von 2022 berichtet. Wir sind jetzt im 2025, who knows, wie es im 2026 aussieht, was es da alles gibt.

Drohnenshows – Lorenz Amiet hat auf die Problematik hingewiesen. Ja, aber auch da entwickelt sich einiges. Die sind international etabliert und können eben auch eine emissionsarme, sichere und eindrückliche Alternative anbieten. Dass Basel als dicht bebaute Stadt für solche Formate sich nicht eignet, ist in meinen Augen einfach eine unbelegte Behauptung. London ist sehr dicht besiedelt, da war einiges möglich. Ich frage mich einfach, wo ist denn der Innovationswille der Regierung? Tradition vor Innovation lese ich, wenn ich die Antwort lese.

Ich bitte Sie zusammen mit den Grünen und der SP, den Anzug stehen zu lassen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Gemeldet hat sich Patrizia Bernasconi.

Patrizia Bernasconi (Basta): Wir beraten heute über einen Vorstoss, der angesichts der Herausforderungen unserer Zeit mehr als berechtigt ist und über eine Stellungnahme des Regierungsrates, die leider weder dem Anliegen noch dem Ernst der Lage gerecht wird. Dieser Anzug verlangt nichts Radikales, er verlangt etwas Selbstverständliches, dass wir unsere öffentlichen Veranstaltungen, insbesondere den Nationalfeiertag, so gestalten, dass sie nicht länger auf dem Rücken der Umwelt, der Tierwelt und von Menschen mit besonderen Empfindlichkeiten ausgetragen werden.

Und was antwortet der Regierungsrat darauf? Mit einer dreissigprozentigen Kürzung des Silvester-Feuerwerkes, wohlgermerkt nicht des 1. August-Feuerwerkes, verbunden mit dem Hinweis, dass dies bereits zu einer Reduktion der Feinstaubbelastung führe. Diese Massnahme ist bestenfalls symbolisch. Noch gravierender ist das, was fehlt, eine ernsthafte Auseinandersetzung mit Alternativen. Der Regierungsrat ignoriert, dass andere Städte in der Schweiz wie international längst vorgemacht haben, wie man festliche Stimmung auch ohne Knall, Rauch und Gift erzeugen kann, mit Drohnenshows, Lichtinstallationen oder musikalischen Inszenierungen. Diese Ideen werden nicht einmal geprüft, keine Machbarkeitsstudie, kein Pilotprojekt, kein Dialog mit der Bevölkerung. Das ist keine zukunftsgerichtete Politik. Das ist Verwaltung im Energiesparmodus.

Es geht hier nicht um ein Verbot aus Prinzip, es geht um Verantwortung, um Lärmschutz, um Tierwohl, um Luftqualität und um ein sichtbares Zeichen des Wandels. Genau deshalb darf dieser Vorstoss nicht abgeschrieben werden. Er verlangt keine sofortige Abschaffung, sondern eine ernsthafte Prüfung, eine politische Weichenstellung für einen 1. August, der unsere Werte widerspiegelt: Rücksicht, Nachhaltigkeit, Innovation. Und wenn wir von Innovation sprechen – gerade letzte Woche hat der Eurovision Song Contest hier in Basel stattgefunden. Eine gigantische Show, die eindrücklich gezeigt hat, wie man mit Lasertechnik und Drohnen eine atemberaubende Inszenierung schaffen kann.

Ich fordere Sie deshalb auf, lassen Sie diesen Vorstoss nochmals stehen, geben wir der Diskussion Raum und zeigen wir der Bevölkerung, dass der ausgerufenen Klimanotstand nicht nur ein Schlagwort ist, sondern ein politischer Auftrag, den wir ernst nehmen.

Balz Herter, Grossratspräsident: Gemeldet als Einzelsprecher hat sich Eric Weber.

Eric Weber (Fraktionslos): Gestatten Sie mir ganz kurz zum 1. August zu reden. Der 1. August ist arbeitsfrei wegen meiner Partei, der nationale Aktion gegen Überfremdung von Volk und Heimat. Wir haben die Initiative gestartet mit diesen 100'000 Unterschriften und haben die Volksabstimmung gewonnen. Noch zwei Sätze: Wegen meiner Partei ist der 1. August arbeitsfrei.

Balz Herter, Grossratspräsident: Eric Weber, das hat nichts mit Feuerwerken zu tun.



Eric Weber (Fraktionslos): Danke für den Hinweis. Ich habe einfach sagen wollen, dass ich stolz bin, dass wir diesen Sieg errungen haben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Das Schlusswort hat Regierungsrat Kaspar Sutter.

RR Kaspar Sutter, Vorsteher WSU: Wir haben es hier mit einem klassischen Zielkonflikt zu tun, die sich uns immer wieder stellen in den politischen Entscheidungen. Auf der einen Seite gibt es viele Menschen, die Freude haben am Feuerwerk, das mit Emotionen verknüpft ist, das zu ihrer Tradition gehört und zu ihrer Emotionsauslegung und auch bei Ihnen gibt es vermutlich Menschen, die gerne auch ein Feuerwerk sehen und erleben, auch mit dem Übrigen, mit dem Knallen und dem Lärm und was dazu gehört. Und auf der anderen Seite gibt es die Schutzgüter, gibt es den Tierschutz, gibt es den Lärmschutz, gibt es den Feinstaubschutz, den Klimaschutz, die im Widerspruch stehen zu Feuerwerken. Und in diesem Gemengenlage geht es darum, eine Lösung zu finden, die diese Ziele alle zu berücksichtigen versucht und nicht einfach das eine komplett verunmöglicht und das andere über alles andere stellt.

Und das ist auch der Grund, weshalb der Regierungsrat hier sich für dieses Vorgehen entschieden hat. Das Feuerwerk soll weiterhin möglich sein. Vielleicht noch aus dem Punkt des Klimaschutzes: Das wurde hier in der Diskussion zwar nicht erwähnt, aber die Hauptemission im Bereich CO₂ geht nicht von den Feuerwerkskörpern aus, sondern von dem ganzen Fest und Zusammenkommen der Menschen, die hier gemeinsam dieses Fest feiern. Dort ist der CO₂-Effekt viel grösser als bei beiden Feuerwerken. Und dieser Teil bleibt bestehen, wenn wir auf Alternativen umstellen, sofern diese gleich erfolgreich sind in Ansinnen von Menschen, die herkommen. Da geht es darum, dass wir weitergehen auf dem Weg, wie die Leute hierherkommen. Das ist dann der Hauptentscheidungsgrund, dass sie dann möglichst auf klimafreundliche Verkehrsträger setzen und nicht auf Fossil angetriebene.

Was hat der Regierungsrat gemacht? Er hat Ihnen vor zwei Jahren bereits berichtet und zwar zum Anzug Esther Keller und zum Anzug Thomas Grossenbacher zum ersten Mal, weshalb Alternativen, was auch gegen die Alternativen spricht. Wenn jetzt also hier vorgebracht wird, dass der Regierungsrat sich nicht dazu äussert: Doch, das hat er, bereits vor zwei Jahren können Sie die Argumente finden, denn auch Alternativen haben negative Auswirkungen. Lasershows sind jetzt aus Sicht der Lichtemissionen auch nicht das Optimale, weil es Vögel und Fledermäuse stört, also auch Alternativen haben ihre negativen Auswirkungen.

Der Regierungsrat hat aber die Zeit des privaten Feuerwerks deutlich verkürzt und hat dargelegt, wie das ist. Es ist noch erlaubt jeweils während sieben Stunden an drei Tagen im Jahr. Das sind dann 21 Stunden jeweils zwischen 18 Uhr und 1 Uhr morgens und das wird auch klar kommuniziert, das ist seit Anfang 2023 in Kraft und das wird auch in Kraft bleiben. Selbstverständlich wird der Regierungsrat auch schauen, ob diese Zeitfenster richtig sind oder ob die verändert werden sollen. Wir schauen auch, wie es eingehalten wird, aber diese Regelung hat zur Klarheit geführt, was nicht heisst, dass jeder Mann und jede Frau sich daran hält, aber zumindest ist es jetzt klar, wann Feuerwerk erlaubt ist und wann nicht und wann die Gesellschaft auch erwartet von allen, dass sie eben auf Feuerwerkabbrennen verzichten.

Diese Gründe, diese Zielkonflikte und die Gewichtung der einzelnen Punkte, der Versuch oder auch der Wunsch des Regierungsrates, diese beiden Ziele auch gemeinsam zu ermöglichen mit Abstrichen auf beiden Seiten führt dazu, dass Ihnen der Regierungsrat beantragt, diesen Anzug abzuschreiben.

Balz Herter, Grossratspräsident: Wir kommen somit zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen gemäss Antrag Harald Friedl und weiteren.

Ergebnis der Abstimmung

34 Ja, 58 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0006595, 21.05.25 11:59:16]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug stehen zu lassen.



Balz Herter, Grossratspräsident: Sie haben sich für Stehenlassen entschieden mit 58 gegen 34 Stimmen bei 2 Enthaltungen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich habe mich entschieden, die heutige Nachmittagssitzung abzusagen. Die wenigen Geschäfte rechtfertigen einen Nachmittag nicht. Ich habe noch ein weiteres Thema: Wir haben für die Junisitzung nur sehr wenige Traktanden, unter anderem ein Sachgeschäft, die Tramnetzentwicklung sowie fünf Motionen und sieben Anzüge. Das ist auch etwas wenig für zwei Sitzungstage. Dafür haben wir schon Kenntnis darüber, dass an der Bündelitagssitzung neben den Berichten der Oberaufsichtskommissionen diverse Kommissionsberichte traktandiert werden sollen und wir laufen somit Gefahr, dass wir diese nicht mehr vor der Sommerpause abschliessen können. Entsprechend haben wir einen spezielleren Vorschlag. Am Freitag kommen die folgenden Geschäfte in den Versand: Bericht BRK betreffend Projektierung des neuen Hallenbades am Standort Messeareal, dann der Bericht BRK betreffend kantonale Volksinitiative Erhalt des Musicaltheaters und dann der Bericht des Ratsbüros zum Anzug Tonja Zürcher und Consorten betreffend Vertretung Fraktionen im Ratsbüro. Wir können diese nun dringlich traktandieren und so etwas vorarbeiten. Dafür würden wir diese bereits im Geschäftsverzeichnis und auch in der Kreuztabelle, welche am Freitag verschickt wird, aufführen. Sie müssten am 4. Juni aber nochmals darüber abstimmen mit einem Zweidrittelsmehr, ob wir diese dringliche Traktandierung machen wollen. Falls Sie diese Idee nicht gut finden, können Sie sich bei mir melden oder wir können darüber auch abstimmen, aber ich sehe keine grosse Gegenwehr. Dann werden wir das so entsprechend beantragen, dass wir darüber in der nächsten Sitzung zu Beginn abstimmen und diese Geschäfte dann beraten. Ich bedanke mich herzlich fürs Mitmachen und wünsche einen schönen restlichen Mai.

Schluss der 15. Sitzung

12:01 Uhr